



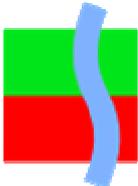
Strategien der Verstärkung sozialer Stadtteilentwicklung in Baden-Württemberg

TAGUNGS-DOKUMENTATION

5. Netzwerk-Treffen
Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung
und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg

22. Juni 2007

Mehrgenerationen- &
Bürgerhaus Pliensauvorstadt
Esslingen am Neckar


[**Hochschule Esslingen**
University of Applied Sciences

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
Baden-Württemberg

Redaktion:

Dr. Clemens Back, Freiburg
Prof. Dr. Maria Bitzan, Esslingen
Michael Fritz, Karlsruhe
Sebastian Klus, Freiburg
Gerald Lackenberger, Freiburg
Petra Schmettow, Esslingen
Gabi Silberborth, Pforzheim
Dr. Petra Wagner, Mannheim

Kontaktadresse:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
Baden-Württemberg

Gerald Lackenberger
Nachbarschaftswerk e.V.
Stadtteilbüro Haslach
Quartiersarbeit Soziale Stadt
Markgrafenstr. 13
79115 Freiburg
Tel: 0761 / 7 67 90 05
E-Mail: gerald.lackenberger@nachbarschaftswerk.de

Dr. Petra Wagner
Sozialwissenschaftlerin/Sozialplanerin
Roonstr. 28A
68623 Lampertheim
Tel: 0621 / 5 429 412
E-Mail: pswagner@web.de

Bankverbindung:

BLZ 67 010 111 (SEB) | Konto-Nr. 2 525 402 400

Inhaltsverzeichnis

<i>Clemens Back</i> Begrüßung	5
<i>Wilfried Wallbrecht</i> Grußwort	7
<i>Christel Althaus</i> Grußwort	9
<i>Petra Schmettow/Sylvia Beck</i> Das Bürgerhaus Pliensauvorstadt	11
<i>Sylvia Greiffenhagen</i> Stategien der Verstetigung in der sozialen Stadtteilentwicklung	21
<i>Renate Schaumburg</i> Verstetigung durch soziale Infrastruktur: Stadtteile im Wandel. Die Bedeutung von Bürgerhäusern	28
<i>Elke Vienken</i> Verstetigung durch Existenzgründung: Fördermittel intelligent einsetzen!	33
<i>Michael Scheuermann</i> Verstetigung? Eine Frage des politischen Willens	41
<i>Maria Bitzan/Petra Wagner</i> Evaluation und Messbarkeit von Erfolg	44
<i>Maria Bitzan/Bruno Raab-Monz/Reinhard Thies/Petra Wagner</i> Verstetigung in der sozialen Stadtteilentwicklung – Mehr Theorie als Praxis?	51
Teilnehmende.....	61

Begrüßung

Dr. Clemens Back – Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg



Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Wallbrecht,
sehr geehrte Frau Prorektorin Althaus,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit darf ich Sie hier in Esslingen ganz herzlich zum 5. Netzwerktreffen begrüßen.

Mein Name ist Clemens Back, ich arbeite seit zehn Jahren in dem Stadtentwicklungsprojekt Freiburg-Rieselfeld beim K.I.O.S.K.-Verein als Quartiersarbeiter/Stadtteilarbeiter und bin eines der Gründungsmitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft, die seit ihrem Start einen interessanten Weg durch Baden-Württembergs Städte zurückgelegt hat, sowohl inhaltlich als auch räumlich. Begonnen hat es 2004 in Pforzheim, dann weiter über Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe bis heute nach Esslingen.

Es wäre wohl an der Zeit, Sie auch mal im Süden unseres Landes begrüßen zu dürfen, z.B. in Freiburg.

Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein Netzwerk ehrenamtlicher Kolleginnen und

Kollegen, die nun seit bald vier Jahren diese Organisation auf den Weg gebracht haben.

Die Durchführung dieser Tagung wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kooperation mit der Stadt Esslingen und der Fachhochschule Esslingen nicht so gut geklappt hätte. Daher vielen Dank für das Engagement von Herrn Ersten Bürgermeister Wallbrecht und an Frau Prof. Christel Althaus.



Der Veranstaltungsort hier, das Mehrgenerationen- und Bürgerhaus Pliensauvorstadt, ist - denke ich - nicht nur für mich, der in einem ähnlichen Kontext arbeitet, interessant. Dank an dieser Stelle auch an Frau Sylvia Beck und Petra Schmettow für

ihre Vor-Ort-Arbeit, das heißt Technik, Bewirtung und den kleinen Imbiss. Beide werden im Anschluss eine inhaltliche Einführung in die Entstehung und aktuelle Arbeit des Mehrgenerationen- und Bürgerhauses Pliensauvorstadt geben.



Das Thema des 5. Netzwerktreffens heißt Verstetigung: Wir wollen auf dieser Tagung zunächst nachzeichnen, womit diese Erwartung der Verstetigung im Einzelnen inhaltlich begründet ist. Anschließend wollen wir erprobte Strategien zu einer erfolgreichen Verstetigung der Stadtteil- und Quartiersentwicklung vorstellen und in Workshops gemeinsam weiter entwickeln. Schließlich werden wir kritisch fragen: Ist die soziale Stadtteilentwicklung wirklich ein zeitlich befristeter Prozess oder sollte sie nicht vielmehr eine Daueraufgabe sein?

Zu diesem Thema Frau Prof. Dr. Sylvia Greiffenhagen als Hauptreferentin zu hören, die auch unseren Weg im Rieselfeld über einen längeren Weg kritisch begleitet hat, ist sicherlich nicht nur für mich eine spannende Herausforderung.

Noch ein paar organisatorische Worte zu dem Nachmittagsprogramm: Wir werden uns nach der Mittagspause in vier Workshops zusammen finden:

- Frau Renate Schaumburg: Verstetigung durch soziale Infrastruktur: Stadtteile im Wandel. Die Bedeutung von Bürgerhäusern
- Frau Elke Vienken: Verstetigung durch Existenzgründung: Fördermittel intelligent einsetzen!

- Herr Michael Scheuermann: Verstetigung? Eine Frage des politischen Willens
- Frau Prof. Dr. Maria Bitzan und Frau Dr. Petra Wagner: Evaluation und Messbarkeit von Erfolg

Allen Referentinnen und Referenten an dieser Stelle vielen herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit.

Mein Dank gilt auch dem Sozialdezernat des Landratsamtes Esslingen. Drei der Workshops am Nachmittag können in den dortigen Räumen stattfinden und dies wurde auf äußerst unbürokratische Art und Weise möglich gemacht.



Den Abschluss bildet dann eine Podiumsdiskussion mit der bisher noch nicht erschienenen Frau Dr. Christina Simon-Philipp¹ vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg sowie mit Frau Dr. Petra Wagner für die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg, Herrn Bruno Raab-Monz, Leiter des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Esslingen und Herrn Reinhard Thies von der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. Gegen ca. 16:30 Uhr können wir dann auf eine hoffentlich erfüllte und anregende Tagung zurückblicken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

¹ Nachtrag: Wie die Veranstalter erst nachträglich erfahren haben, hat sich Frau Dr. Simon-Philipp beruflich verändert und ist nicht mehr im Dienst des Wirtschaftsministeriums tätig.

Grußwort

Wilfried Wallbrecht – Erster Bürgermeister, Stadt Esslingen am Neckar



Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Professor Althaus,
sehr geehrter Herr Dr. Back,

ich begrüße Sie sehr herzlich in Esslingen zum 5. Netzwerktreffen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. Ich will Ihnen kurz vorstellen, wo Sie sich befinden. Sie sind ja, wenn Sie mit der Bahn angereist sind, über die alte Pliensaubrücke in die Pliensauvorstadt gekommen und haben damit den alten Stadtkern nur gestreift. Esslingen am Neckar gehört zu den wenigen alten Städten in Deutschland, die den Zweiten Weltkrieg heil überstanden haben. 1200 Jahre Geschichte haben in der Esslinger Architektur und Kunst ihre Spuren hinterlassen. Nach dem Mittelalter erfuhr die Stadt im Zeitalter der Industrialisierung ihre zweite Blüte, diese Wachstumsphase hinterließ auch in der Pliensauvorstadt ihre Spuren mit einer Mischung aus Wohn- und Industriebauten, zum Teil auch von hohem architektonischem Wert.

Wenn Sie sich heute dem Thema der Tagung „Strategien der Verstetigung sozialer Stadtteilentwicklung“ widmen, so ist das aus Esslinger Perspektive nur konsequent. Die immerhin 92.000 Einwohner Esslingens leben ja in der Mehrzahl nicht in der hervorragend erhaltenen und sanierten

Kernstadt, sondern im Wesentlichen in den elf weiteren Stadtteilen. Und so hat die Stadterneuerung in den vergangenen Jahren immer stärker die Stadtteile in den Blick genommen.

1989 haben wir in einer Analyse der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gesamtstadt festgestellt, welchen Stadtteilen wir eine besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Im Ergebnis bedurfte neben dem Stadtteil Mettingen auch die Pliensauvorstadt besonderer Anstrengungen. Nach dem Einstieg in die Sanierung in Mettingen begannen wir im Mai 2000 mit einer Zukunftswerkstatt in der Pliensauvorstadt. Stadtverwaltung, Bürgerausschuss, Kirchen, Schulen, Gemeinderäte, Vereine – kurz alle erreichbaren Verantwortlichen für das Gemeinwesen analysierten die Situation und zeigten die Ziele auf. Es entstand ein breiter Konsens, sich dem Stadtteil besonders zu widmen.

Die Analyse der Missstände zeigte insbesondere eine hohe städtebauliche Dichte, die fehlende Qualität und Quantität des öffentlichen Raumes, eine fehlende städtebauliche Mitte, fehlende Infrastruktur, unausgewogenes Wohnungsgemenge und fehlende Vereins- und Ehrenamtsstrukturen auf. In dieser Phase erwies es sich als Glücksfall, dass die Stadt Esslingen sich

mit der Pliensauvorstadt beim Bundesministerium für Bildung und Forschung erfolgreich beim Forschungsprojekt „Stadt 2030“ bewarb. Im Rahmen dieses Projektes, in dem mit externen Planern, Wissenschaftlern und Bürgern in einem partizipativen Dialogverfahren Visionen für 2030 entwickelt wurden, konnte ein wertvoller Konsens in Analyse und Zielfindung bereitgestellt werden. Im Sommer 2002 wurde nach der weiteren förmlichen „Vorbereitenden Untersuchung“ das Sanierungsgebiet „Soziale Stadt Pliensauvorstadt“ festgelegt. Vom Land Baden-Württemberg wurden 3,4 Mio. Euro Förderrahmen bewilligt.

Wenn Sie sich nun umsehen, dann befinden Sie sich in einem Bereich, der in den vergangenen zwei Jahren eine intensive Aufwertung erfahren hat - von zwei Gewerbebrachen hin zu einer neuen sozialen Mitte des Stadtteiles. Das beginnt hier im Haus mit dem Mehrgenerationen- und Bürgerhaus, seit Februar eröffnet, und schließt auf der östlichen Seite im gleichen Gebäude eine dreigruppige städtische Kindertageseinrichtung mit ein. Im Obergeschoss des Bürgerhauses befindet sich die Erziehungshilfestelle des Landkreises und direkt nebenan schließt sich eine kleine Dependence des Städtischen Eigenbetriebs Pflegeheime Esslingen mit ihrer Cafeteria an. Das ganze Areal wird abgerundet durch einen Neubau des Siedlungswerkes Stuttgart für betreute Seniorenwohnungen und einen Neubau mit weiteren 21 Mietwohnungen ganz im Osten. Den innenliegenden Stadtteilplatz als Bindeglied aller Bausteine können Sie ja in der Mittagspause erkunden.



Wir können also im Programm Soziale Stadt, das neben den schon genannten auch noch weitere inzwischen realisierte Projekte umfasst, ungefähr in der Halbzeit schon sichtbare Erfolge vorweisen. Dank des Einsatzes von Geld (bis 2007 ca. 5,23 Mio. Euro) und Personal in der Verwaltung, dank interdisziplinärer Strategien und kompetenter externer Partner, dank politischem Konsens im Gemeinderat und dank herausragendem Engagement aus dem Stadtteil wurden erste Ziele erreicht.

Es ist jedoch zu früh für die Beurteilung, ob in der Pliensauvorstadt eine nachhaltige Stabilisierung der städtebaulichen Entwicklung und der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen erreicht wurde. Da die momentane Fokussierung der finanziellen und personellen Anstrengungen auf den Stadtteil im Rahmen der gesamtstädtischen Prioritäten nicht dauerhaft möglich sein wird, müssen die nächsten vier Jahre zeigen, ob sich nachhaltige und selbst tragende Strukturen entwickeln können, die die Qualität und das Image des Stadtteils dauerhaft sichern. Nachdem also in den vergangenen Jahren der Aufbruch und der Aufbau von Strukturen im Vordergrund stand, ist nun der richtige Zeitpunkt, sich zu vergewissern, ob alles für Verstetigung getan ist oder ob wichtige Weichenstellungen notwendig sind. Für uns ist es ein guter Zeitpunkt, die Gastgeberstadt für das 5. Netzwerktreffen zum Thema Verstetigung zu sein. Es ist auch unser Ziel, die „Sonderförderung“ auch wieder abschließen zu können, dann aber unter Rahmenbedingungen, die deutlich besser ausgestaltet sind als vorher.

Zum Schluss möchte ich Sie noch anregen, im Anschluss an die Tagung - so Ihnen die Zeit dafür bleibt - noch einen Blick in die historische Altstadt zu werfen, das lohnt sich in jedem Fall.

Mir bleibt, Ihnen einen interessanten Verlauf der Tagung, anregende Gespräche und gute Diskussionen in den Workshops zu wünschen.

Grußwort

Prof. Christel Althaus – Prorektorin für Lehre, Hochschule Esslingen



Meine sehr geehrten Damen und Herren,
vor ein paar Monaten konnte ich mit einer Gruppe von KiTa-Leiterinnen der Stadt Esslingen die Vorteile und Annehmlichkeiten dieses Hauses nutzen und ich freue mich, dass ich heute für Ihre Tagung wieder einmal hier sein kann.

Es geht Ihnen um Strategien der Verstärkung sozialer Stadtteilentwicklung in Baden-Württemberg. Als ich vor ungefähr 30 Jahren mein Berufsleben in der Sozialen Arbeit startete, waren die Welten zwischen Einzelfallhilfe und Gemeinwesenarbeit noch sehr getrennt, man hat sich nicht verstanden, kaum verständigt.

Mittlerweile hat die Gemeinwesenarbeit viele Facetten. Je nach Blickwinkel wandelte sie sich zur Stadtteilarbeit, zur Stadtteilorientierung, zur Sozialraumorientierung oder zur sozialen Stadtteilentwicklung und zum Quartiersmanagement. Die Einzelfallhilfe öffnete sich für einzelfallübergreifende Kooperationen und Entwicklungen und bezog Gemeinwesenorientierung als Handlungsprinzip in ihr Handeln ein. Der gemeinsame Nenner aller dieser Entwicklungen könnte vielleicht etwas verkürzt „integrierte Konzepte“ genannt werden, in denen allerdings nicht mehr nur die unterschiedlichen Ressorts der Sozialen

Arbeit, sondern auch andere Bereiche der kommunalen Steuerung zusammenarbeiten: Wohnbaugesellschaften, Grünflächenplanung, Bauplanung, Sozialplanung, Jugendarbeit, Kindertageseinrichtungen, Jugendamt, Beratung, Altenarbeit und ihre jeweiligen Fachverbände.



Als Esslinger Bürgerin bin ich sehr froh, dass im Rahmen der Sozialen Stadt hier in Esslingen investiert wurde und als Vertreterin der Hochschule Esslingen und Mitglied der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege freue ich mich über die Kontakte auch zwischen Projekt und Hochschule, die unseren Studierenden natürlich sehr zugute kommen. Daher würde sich die Hochschule Esslingen freuen, wenn dieser Kontakt und andere solche Projekte im Rahmen der sozialen Stadt,

samt ihren Einrichtungen wie Bürgerhäuser und Mehrgenerationenhäuser „verstetigt“ würden. Aber natürlich nicht nur, damit unsere Studierenden ein prima Übungsfeld haben. Im Rahmen der Prävention sind Stadtteilprojekte unbezahlbar und das meine ich nicht vorrangig im fiskalischen Sinne, ganz im Gegenteil.

In unserer individualisierten und komplizierten Welt wachsen Nachbarschaften nicht mehr nur auf natürliche Weise, das Leben spielt sich besonders für Kinder und junge Familien, aber auch für alte Menschen sehr im privaten Bereich ab. Isolation, Verunsicherung, mangelnde soziale Kontrolle und das Fehlen von Gemeinschaft und sozialer Verantwortung sind hinlänglich bekannte Folgen.

Daher benötigen wir von Quartiersmanagement oder gemeinwesenbezogener Arbeit geplante und „inszenierte“ Maßnahmen, über die sich allmählich Strukturen für ein selbst tragendes soziales Miteinander ausbilden.

Das Landesnetzwerk, das diesen Fachtag organisiert, gewährleistet den fachlichen Austausch und die kritische Begleitung bei der Stadtteilentwicklung aus fachlicher Sicht. Dass hier Menschen zum Teil ehrenamtlich und dabei sehr engagiert mitarbeiten, ist ein beeindruckendes Zeichen.

Trotz allen Engagements und aller fachlicher Qualität kann heute niemand sagen, ob die entwickelten und durchgeführten Maßnahmen am Ende tatsächlich als Anschlag und Initiierungshilfe zeitlich befristet bleiben können oder ob Stadtteilentwicklung oder Quartiersentwicklung nicht letztendlich eine Daueraufgabe sein muss, um den negativen Folgen immer neuer sozialer Herausforderungen, wirtschaftlicher Entwicklungen oder demographischer Veränderungen gerecht zu werden. Daher ist es enorm wichtig, das Thema „Verstetigung“ in einem solchen Fachtag zu diskutieren.

Ich überbringe die Grüße der Hochschule Esslingen und wünsche Ihnen einen spannenden Tagungsverlauf mit interessanten Beiträgen und einem ertragreichen Erfahrungsaustausch.



Das Bürgerhaus Pliensauvorstadt

Petra Schmettow – Stadt Esslingen, Stadtplanungs- und Stadtmessungsamt,
Projektleitung Soziale Stadt

Sylvia Beck – Leiterin Mehrgenerationen- & Bürgerhaus Esslingen



www.sozialestadt.esslingen.de

Das Mehrgenerationen- und Bürgerhaus Pliensauvorstadt

–

Ein Praxisbeispiel zur Verstetigung sozialer Infrastruktur

22. Juni 2007
Petra Schmettow
Sylvia Beck



Gliederung

- Die Motive für ein Bürgerhaus
- Der Prozess zu einem Bürgerhaus
- Bürgerhausgruppe
- Ihre Aktivitäten

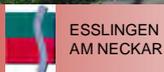


Die Motive

Gewerbebrache
Bohner+Köhle
seit 1994

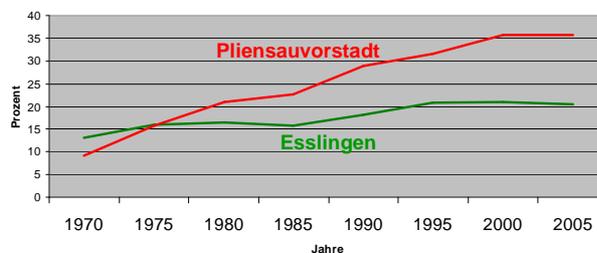
„Schandfleck“:
Ratten, Müll,
Prestigeverlust

Fehlende
funktionale und
symbolische
Stadtteilmitte



Die Motive

Ausländeranteile
Entwicklung Esslingen und Pliensauvorstadt



Sozio-demographischer Wandel und nachlassende integrative
Wirkung der traditionellen Orte und Institutionen



Die Motive

Bedarf

- zu wenig bildungs-, soziale und kulturelle Einrichtungen
- Kommunikationsdefizite zwischen sozialen Gruppen
- fehlende Angebote für die Integration
- mangelnde Treff- und Kommunikationsorte
- drohende Anonymität und Vereinsamung
- zu wenig Angebote für Senioren
- zu wenig Angebote für Familien
- unterentwickelte Stadtteilkultur
- zu wenig Vereinsaktivitäten
- geringe Partizipation



ESSLINGEN
AM NECKAR



Der Prozess zum Bürgerhaus

Bürgerhausgruppe

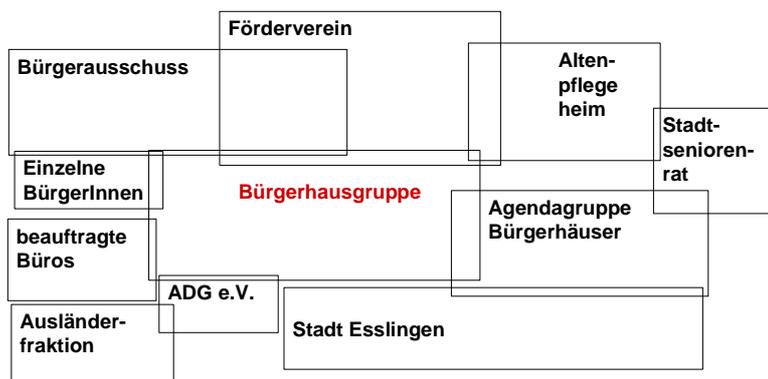


Bürgerhaustag November 2002 als Auftakt



ESSLINGEN
AM NECKAR

Bürgerhausgruppe



ESSLINGEN
AM NECKAR

Bürgerhausgruppe



ESSLINGEN
AM NECKAR

Ihre Aktivitäten

- gemeinsame Arbeit von 2003 bis 2006
- rund 30 Sitzungen
- Entwicklung der Konzeption
- Diskussion des Raumprogramms und des Inventars
- Entwicklung einer Trägerstruktur und des Betriebsführungsvertrages
- Öffentlichkeitsarbeit an Stadtteilfesten, einer Bürgerbefragung und Infoveranstaltung für Migrantengruppen
- Eröffnungsfest



ESSLINGEN
AM NECKAR

Ihre Aktivitäten

Leitsätze, festgehalten in der Konzeption

- Neue Stadtteilmitte
- Ort der Begegnung, Kommunikation und Vernetzung
- Forum für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements
- Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben
- Bürgernahe Dienstleistungen + Beratung
- Synergieeffekte durch Vernetzung



ESSLINGEN
AM NECKAR

Ihre Aktivitäten

Gewinnspiel Bürgerhaus - Wer kennt sich aus?



**Tolle Gewinnchancen für Groß und Klein!
Wissen Sie Bescheid?
Kennst Du Dich aus?**

1. Was hat die Firma Bahner-Kühle früher in der alten Halle hergestellt?
2. Wann hat die Stadt das Bahner-Kühle-Brauereibauwerk gekauft?
3. In welchem Zimmer des Bürgerhauses ist die Bierversteck?

Welche Antworten sind richtig? Bitte das richtige Kästchen ankreuzen

Frage 1: Falsch Richtig

Frage 2: Richtig Falsch

Frage 3: Richtig Falsch



Gewinnspiel Bürgerhaus, Obstbowle, Baustellenführungen



ESSLINGEN
AM NECKAR

Ihre Aktivitäten

Zukunftswerkstatt
an zwei Terminen:

Überleitung vom
(theoretischen)
Planungsprozess
zur (praktischen)
Inbetriebnahme



ESSLINGEN
AM NECKAR

Ihre Aktivitäten

Infoveranstaltung
für Esslinger
MigrantInnen-
gruppen



ESSLINGEN
AM NECKAR

Ihre Aktivitäten

Resümée

- sehr kontinuierliche Arbeit
- geeignete Gruppenzusammensetzung
- auf lokale Verhältnisse und Bedarfe angepasstes Konzept
- auch schwierige Phasen der Aushandlung
- guter Rückhalt in der Stadtpolitik und städtischen Öffentlichkeit



ESSLINGEN
AM NECKAR

Antrag an
Programm
Mehrgenerationen-
häuser
des Bundes-
ministeriums für
Familien, Frauen,
Senioren und
Jugend



Mehr
Generationen
Haus

Starke Leistung für jedes Alter.



ESSLINGEN
AM NECKAR



Mehrgenerationen- & Bürgerhaus Pliensauvorstadt

Bewilligung MGH:
November 2006

offizielle Schlüsselübergabe:
14. Februar 2007

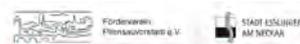
großes Eröffnungsfest:
2. März 2007

MGH-Auszeichnung:
29. Juni 2007



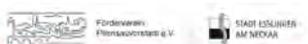
Gliederung

- Rahmenbedingungen
- bisheriges Nutzungsspektrum
- konkrete Aktivitäten im Haus
- weitere Entwicklungsziele



Rahmenbedingungen

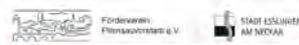
- Eigentümerin: Stadt Esslingen
- Betriebsträger: Förderverein Pliensauvorstadt e.V.
- Personal: Leitungsstelle
 - > städt. Mittel auf 5 Jahre (45%)
 - > Aufstockung durch MGH (+27%)Verwaltungskraft
 - > 400 Euro-Basis (MGH)
- Fin. Ressourcen: keine Eigenmittel
Förderung durch MGH
 - > 20.000 €/Jahr (bis 2011)





bisheriges Nutzungsspektrum

- bereits bestehende Gruppen/ Angebote der Pliensauvorstadt
- LOS-Projekte der 4. Förderperiode
- bereits bestehender Esslinger Gruppen
- diverse Kooperationsprojekte (durch MGH-Förderung)
- ehrenamtlich eingebrachte Angebote + Selbsthilfegruppe
- Gremien, Sitzungen + Fortbildungen
- Veranstaltungen zum Baugebiet „Breite“
- private Nutzung



Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
8.30-12 Sprachkurs in Deutsch	8.30-12 Sprachkurs in Deutsch		9.30-11.30 Projekt PAGE 1x monatl.	9.30-11.30 JobKonkret für Frauen		
10-12 Bürger-PC	9-13 Pliensauer Jobtreff	10-12 Beratung für Ältere & Angehörige	10-12 Bürger-PC		13-17 türk. Seniorengruppe	
	10-11 „5 Esslinger“ Bewegung für Ältere		15-17 Projekt PAGE 1x Quartal	15-17 Bürger-PC		
	14-16 Internationale Frauenrunde 1x monatl.	16-18 Bürger-PC				
	16-18 Sprechstunde Quartiersmanagement	16-18 AK Kommunik. zw. Kulturen 1x monatl.		16.30-19.30 Spiele-Treff (2-wöch.)	+ diverse Einzelveranstaltungen: Feste/Feiern Sitzungen Tagungen Fortbildungen	
18-20 Russ. Gruppe „Einheit“ (2-wöch.)	17.30-19.30 „Interkulturelle Perspektive“ 1x monatl.	17-19 Selbsthilfegr. Fibriomyalgie 1xmonatl.	18-21 2-sprachige PC-Lotsen	17-18.30 Pliensauer Jobtreff		
	19.00-20.30 Aquarell-Malerei			19.00-21.00 Aquarell-Malerei		
	Regionalgeld	Bürgerausschuss	Förderverein PVS			



Öffentliche Bürger-PCs





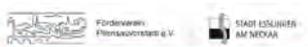
Internationale Frauenrunde



Interkulturelles



Aquarell-Kurse





Offener Spiele-Treff



Weitere Schritte und Entwicklungsziele

- Stärkung der Strukturen
 - > Koordinierungsausschuss
 - > Beirat
- Einbindung von bürgerschaftlich Engagierten
- Ausbau der Aktivitäten als „Mehrgenerationenhaus“
 - > Intergenerative Projekte
 - > Eltern-Kind-Bereich
 - > Familienentlastende Dienste
 - > Kooperation m. Wirtschaft
- Verstärkte Kontaktarbeit/ Öffentlichkeitsarbeit



Kontakt & Information:

Mehrgenerationen- & Bürgerhaus PVS
Sylvia Beck
Weilstr. 8
73734 Esslingen
0711/ 370 92 81
Sylvia.Beck@fv-pvs.de



Strategien der Verstetigung in der sozialen Stadtteilentwicklung

Prof. Dr. Sylvia Greiffenhagen – Evangelische Fachhochschule Nürnberg,
IfSS Stuttgart/Nürnberg



„Eine Befristung der Laufzeit der Förderung... liegt in der Logik der Zielsetzung: Problematische Entwicklungen sollen gebremst, beendet oder umgekehrt werden. Die Gebiete sollen durch eine vorübergehende Förderung auf einen nachhaltigen, eigenständigen Entwicklungspfad gebracht werden, der wieder als ‚normal‘ bezeichnet werden kann.“

So steht es im Zwischenbericht des IfS 2004 zum Programm Soziale Stadt, den wir alle kennen.

Nachhaltigkeit und Verstetigung sind dort als erklärte Ziele einer Förderung genannt,

- die nur für eine begrenzte Zeit gilt,
- nach deren Ablauf die Sonderförderung eines Stadtteils aufhören bzw. durch eine Regelförderung ersetzt werden soll,
- nach deren Ablauf also ein Ausschleichen aus dem Geschehen notwendig ist (oder neudeutsch: ein Phasing Out);
- die Professionellen in Stadtteil- und Quartiermanagement sollen sich selbst bis dahin überflüssig gemacht haben.

Der Stadtteil, seine Akteure und Institutionen sollen die weitere gute Entwicklung des Quartiers mit Hilfe von selbst tragenden Strukturen selbst in die Hand nehmen.

Mit den Worten dieses „Verstetigungspapiers“ des Difu sind die vorrangigen Ziele von Verstetigung somit

- die Vermeidung eines dauerhaften Subventionstatbestandes
- bei gleichzeitiger Sicherung der Fortführung der für die Gebietsentwicklung notwendigen Aktivitäten.

Sie hören: Ich zitiere bisher aus Schriften des IfS und des Difu. Ich habe für diesen Vortrag das Rad nicht neu erfunden, nicht neu erfinden können, aber auch nicht wollen. Sie werden das auch nicht von mir erwartet haben.

In der Vorbereitung auf dieses 5. Netzwerktreffen der LAG habe ich gesichtet, was an Verlautbarungen zu unserem Thema bisher vorliegt. Ich habe in etwas älterer, aber immer noch nützlicher Literatur zur Gemeinwesenarbeit geblättert, habe den Zwischenbericht des IfS, andere Zwischenberichte (z.B. den der Obersten Baubehörde Bayern) und mehrere Publi-

kationen zum Thema Soziale Stadt zu Rate gezogen. Außerdem selbstverständlich das schon zitierte Verstetigungspapier des Difu und die Beiträge zur Tagung der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit über das Thema Verstetigung im Jahr 2006. Besonders ergiebig war auch ein langer Brainstorming-Abend mit Petra Schmettow in einem Esslinger Altstadt-Wirtschaftsclub. Was ich jetzt vortrage, ist also sozusagen ein Gemeinschaftsprodukt vieler verschiedener Autoren und Autorinnen, von mir nur zusammengetragen, geordnet, ergänzt.

„Richtig ganz und gar Neues“ lässt sich zum Thema ohnehin kaum mehr sagen, zumindest nicht vor Ihnen, meine Damen und Herren, vor diesem heute versammelten Kreis von Fachleuten, die mit dem Thema tagtäglich umgehen. Ein wenig heißt es Eulen nach Athen tragen, wenn ich Sie nun mit meiner Sammlung verschiedenster Früchte aus Lektüre, Gesprächen und eigener Erfahrung bekannt mache. Macht aber nichts: Ich rufe die Aspekte, die mir besonders wichtig erscheinen, aus Ihren Köpfen ab, und wir haben dann für die vertiefte Betrachtung einzelner Teilthemen in den Workshops heute Nachmittag in etwa dieselbe aktuelle Grundlage.

Ich gliedere meinen Vortrag in folgende Teile:

Zunächst mache ich einige Vorüberlegungen zum Thema Verstetigung.

Danach spreche ich vier verschiedene Strategien an:

1. Verstetigung durch Gebautes
2. Verstetigung durch Köpfe, also Personen, Gremien, Institutionen
3. Verstetigung durch Organisationsstruktur
4. Verstetigung durch politischen Willen.

Vorüberlegungen zum Thema Verstetigung

Warum spricht man manchmal von Nachhaltigkeit in der sozialen Stadtentwicklung, und manchmal von Verstetigung? Ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht so recht. Mir schien, als würden die beiden Begriffe in der Literatur völlig identisch verwendet; häufig werden beide Wörter auch einfach hintereinander gesetzt und nur durch einen Schrägstrich getrennt, wie z.B. in vielen Difu-Papieren, aber auch auf der Tagung der BAG 2006. Es fällt aber auf, dass im Blick auf den Ausschleich-Prozess vor Ablauf der Förderung häufiger von Verstetigung als von Nachhaltigkeit die Rede ist. Nachhaltigkeit mag möglicherweise eher das Ergebnis des ganzen Entwicklungsprozesses bedeuten, Verstetigung dagegen den Akt des Erreichens von Nachhaltigkeit selbst. Aber gleichgültig:

Mir persönlich gefällt der Begriff Verstetigung besser:

- Zum einen, weil er frischer ist und deshalb mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht als der mittlerweile ziemlich abgegriffene, ausgelutschte Catch-All-Begriff der Nachhaltigkeit.
- Zum anderen, weil er so anschaulich, ‚lautmalerisch‘ ist: Stetigkeit, Stets, Stehen, das sind Wörter, die Assoziationen für eine gewisse Standfestigkeit, Stabilität, Gründlichkeit, Treue und Fleiß bei mir auslösen. Und all das ist nötig, wenn Prozesse der sozialen Stadtteilentwicklung, die während der Förderzeit in Gang gesetzt wurden, auch nach Beendigung des Förderprogramms so lange von selber weiterlaufen sollen, bis die ursprünglich gesetzten Ziele in irgendeiner sehr fernen Zeit erreicht sind. Denn im Ernst rechnet doch niemand damit, dass schon nach fünf bis zehn Jahren der Förderung eines Stadtteils Entwicklungen dauerhaft umgedreht werden können, die ihrerseits häufig eine jahrzehnte- wenn nicht jahrhundertelange Tradition hinter sich haben. Hier müssen ja zunächst einmal hartnäckige ‚Verstetigungen‘ aus früherer Zeit aufgelöst werden. Folgerichtig

können unmöglich alle die ehrgeizigen Ziele erreicht sein, die man sich in den Gebieten zu Beginn des Förderprogramms gesteckt hat. Und ebenso folgerichtig müssen die in Gang gekommenen Entwicklungsprozesse noch lange Zeit fort dauern, auch ohne dieselbe aufwendige Stütze von außen: stetig, stetig.

Eine zweite Vorüberlegung, wieder ausgehend vom Wort: Verstetigen sollte man nur Objekte und Prozesse, von deren Sinnhaftigkeit und Qualität man überzeugt ist. Denn, wie der Begriff sagt: Wenn etwas erst einmal verstetigt wurde, dann steht's, und zwar stets. Verstetigung wird also nicht funktionieren ohne vorherige und kontinuierliche Prüfung, ob Dinge, die man verstetigen will, dies auch wirklich verdienen. So heißt es denn auch im Difu-Verstetigungspapier: „Zum einen ist zu klären, ob die im Integrierten Entwicklungs-/Handlungskonzept ausgeführten Ziele bereits erreicht wurden und inwieweit stabile Organisations- und Management-Strukturen etabliert werden konnten“ und so weiter; der Satz geht dann weiter damit, dass zum anderen die positiven Entwicklungen langfristig zu sichern sind - den Rest können Sie sich ohne weiteres denken.

Mich interessiert in diesem Kontext nur der erste Teil dieses Satzes: Vor dem Verstetigen gilt es also zu prüfen, ob und welche Ziele inwieweit erreicht sind. Hier sind wir bereits beim Thema der Evaluation, und ihm ist zurecht auf diesem Treffen ein eigener Workshop gewidmet.

Ich will die grundsätzlichen und meist sehr abstrakten Ziele des Programms Soziale Stadt (wie „das Sozialgefüge stabilisieren, Anonymität auflösen, Basis für Engagement schaffen“ etc. – Difu) nicht mehr nennen, die es zu prüfen gälte: Ich bin sicher, wir haben sie alle im Kopf. Ich will auch zum Thema der Evaluation als Aufgabe und methodisches Problem gar nichts mehr sagen, denn so intensiv und professionell wie später im Workshop könnte ich das ohnehin hier nicht tun.

Wohl aber möchte ich Sie einladen, die Ziele und Maßnahmen in Ihren lokalen In-

tegrierten Handlungskonzepten einmal sehr konkret, alle einzeln der Reihe nach (und seien sie noch so komplex oder ausdifferenziert), danach zu befragen, was getan werden müsste, um bei jedem einzelnen jeweils einen Prozess der Verstetigung zu beginnen. Wir haben das im Programmgebiet Pliensauvorstadt unter dem Motto „Einstieg in den Ausstieg“ vor einigen Monaten erstmals getan, und werden das bis zum Ende der Laufzeit immer wieder versuchen, und zwar mit folgenden hypothesenartigen Sätzen: „Nachhaltigkeit/Verstetigung ist dann erreicht, wenn...z.B. im Handlungsfeld „Spiel- und Bewegungsräume“ die Schubartanlage zu einem generationenübergreifenden Park umgestaltet ist, wenn es Spielpunkte an der Weilstraße gibt, wenn sich Mentoren um die neuen Grünflächen kümmern und und und... Oder, im Themenbereich „nachhaltig tragfähige Strukturen aufbauen“: „Nachhaltig tragfähige Strukturen sind gesichert, wenn das Bürgerhaus in Betrieb ist, wenn der Stadtteil sich im politischen Raum Gehör verschaffen kann, wenn wenn wenn, dann dann. - Wir haben für unsere Frage nach dem Einstieg in den Ausstieg, also danach, was wir schon jetzt tun müssen, um unseren Ausstieg rechtzeitig vorzubereiten, eine Menge aus diesem Verfahren gelernt. Ob es uns letztendlich auch hilft, diesen Ausstieg so abzusichern, dass der in Gang gekommene – gute – Prozess auch ohne uns fort dauert, wird sich zeigen.

Nach diesem Vorspiel nun aber, auftragsgemäß, zum Eigentlichen: zu den Strategien der Verstetigung.

Ich beginne mit

1. Verstetigung durch Gebautes

Eine Siedlung, ein Gebäude, ein Platz ist seit jeher der Inbegriff von Verstetigung in der Stadt- oder Stadtteilentwicklung. Etwas bleibt buchstäblich stehen, für lange.

Die klassische Stadterneuerung setzte vorwiegend auf diese Strategie. Die Strategie hat die Hoffnungen auf eine wirkliche, auch soziale Erneuerung im Quartier nur selten erfüllt, aus den bekannten

Gründen, die hier nicht wiederholt werden sollen.

Gleichwohl bleibt Gebautes (eine kleine Siedlung, ein Gebäude, ein neuer Platz, eine neu gestaltete Straße) als Verstetigungsstrategie auch in der Sozialen Stadt von großer Bedeutung. Hier wird oder wurde etwas verstetigt,

- das man anschauen kann, sinnlich erfahren kann
- das neue Räume schafft, private, öffentliche und halböffentliche, für Aktivitäten, für Kommunikation
- das neue Mitten, das heißt Stadtteilzentralität, vielleicht auch Heimatgefühl und Vertrautheit herstellen kann
- das ein Symbol für irgend ein Ziel, einen Wert darstellen kann, der in der sozialen Stadtentwicklung vor Ort zentral ist
- etwas, das Signalwirkung haben kann: für neuen Aufbruch, neues Image, neue Identität

Ich finde es deshalb richtig und stimmig, dass auch im Programm Soziale Stadt der städtebaulichen Komponente ein großes Gewicht eingeräumt wird. (Keine Frage natürlich, dass eine Entsprechung im sozialen Feld, trotz neu ausgeschütteter Gelder, bis heute noch fehlt.)

Allerdings: Auf keinem anderen Feld ist Verstetigung unter Umständen so fatal wie hier: Gebautes „steht“ nämlich tatsächlich und ist nicht so leicht von der Bildfläche zu tilgen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass der gewählte Weg falsch war. Es gibt so viele Beispiele, so viele sichtbare Spuren von verfehlten städtebaulichen Wegen der Stadterneuerungspolitik. Mit einigen dieser Relikte haben wir heute im Programm Soziale Stadt heftig zu kämpfen, z.B. mit den Gebieten, die einmal flächig saniert worden sind. – Keine wirklich dramatischen, aber doch störende bauliche Spuren von früheren Erneuerungsstrategien sehen wir heute noch auch in der Pliensauvorstadt: gut gemeint und aus der damaligen Sicht wahrscheinlich richtig, im

Rückblick aber dennoch verfehlt, z.B. die Situation am Eingang zur Vorstadt an der Brücke oder der so genannte Rote Platz, vor 20 Jahren ein Fortschritt, geschaffen im Bemühen, dem unattraktiven, hoch verdichteten Teilgebiet des Stadtteils einen kommunikativen Mittelpunkt zu verleihen - schon bald nach der Fertigstellung aber ein Platz mit erheblicher Nutzerkonkurrenz und hohem Konfliktpotential. Dieser Platz ist tatsächlich „ver-stetigt“, er bleibt, wie er ist, und das noch lange: Man kann ihn im Rahmen des derzeit laufenden Förderprogramms nicht umgestalten, weil nicht ein zweites Mal innerhalb relativ kurzer Zeit öffentliche Fördergelder in seine Sanierung gesteckt werden dürfen.

Ich will gar nicht lästern über die damaligen Planer: Auch wir wissen nicht, wie andere im Rückblick über das urteilen werden, was wir gegenwärtig an Verstetigung durch Gebautes versuchen. Mir scheint, die Fristen für „Haltbarkeit“, d.h. die Zeiträume, in denen etwas wirklich als dauerhaft „schön“ oder „gut“ gilt, werden immer kürzer. Es gibt wenig verlässliche Qualitätskriterien für die Haltbarkeit von Gebautem.

Was man aus dieser Schwierigkeit aber lernen kann, ist vielleicht die Einsicht, dass im Baulichen ganz besonders viel reflektiert werden muss, wenn man nicht sehenden Auges schon heute die Sanierungs-Ruinen von morgen produzieren will: Ist die Unterhaltung auf Dauer gesichert? Passt das Gebäude, die Siedlung, der Platz in die Gegend? Wie mag eine andere Generation das Gebaute wohl in 20 Jahren beurteilen? Ist Flexibilität und spätere Anpassung an neue Situationen, Bedingungen und Geschmacksveränderungen möglich? – Jeder mag auf solche Fragen vor Ort zu völlig anderen Antworten kommen, aber der Reflexionsbedarf ist in jedem Fall groß.

2. Verstetigung durch Köpfe

d.h. durch Personen, Gremien und Institutionen

Fast immer ist von den Akteuren des Stadtteils die Rede, wenn in Gang gekommene Prozesse nach Abzug der Profis

auf Dauer gestellt werden sollen. Einzelne Personen, Vereine, soziale Einrichtungen und Kirchen, Schulen, die örtliche Wirtschaft, die Wohnungsgesellschaften: alle sollen sie dabei mitwirken, die Professionellen am Ende der Laufzeit des Programms zu ersetzen. So lesen wir jedenfalls in all den Papieren. Sie müssen sich mit dem Stadtteil identifizieren, sie müssen Trägerschaften für Häuser, Projekte und Fonds übernehmen, existierende Nachbarschafts-Netzwerke weiterhin unterhalten und neue herstellen, neue Kooperationen und Partnerschaften aufbauen, Kinder und Jugendliche zur Bildung anregen, sie müssen sich in die Stadtpolitik einmischen etc. etc. –

Alles richtig; ohne dies Engagement wird schwerlich Verstärkung eintreten können. – Andererseits: ein sehr großes Programm. Selbst ein gutsituierter, bürgerlicher Stadtteil mit hohem Akademikeranteil wäre mit einem solchen Arbeitsprogramm ziemlich gefordert. Aber ein Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf?

Da wir alle um die Notwendigkeit selbst tragender, partizipativer Strukturen im Stadtteil wissen, möchte ich von dieser Notwendigkeit hier gerade nicht reden. Ich will lieber einige Probleme ansprechen, nur schlaglichtartig und kurz. Eine vertiefte Betrachtung würde mich zwar ausgesprochen reizen (ich bin nämlich von Hause aus Politologin und Partizipationsforscherin), sie ist aber in der gebotenen Zeit nicht zu leisten. Mehr dazu sicherlich in den Workshops und in der abschließenden Podiumsdiskussion.

Zum einen: Partizipation als Allgemeingut kann in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, wie wir wissen, nicht vorausgesetzt werden. Stärkere Teilhabe am Gemeinwesen ist vielmehr ein Ziel des gesamten Veränderungsprozesses, der viele Jahre beansprucht wird. Ein Ziel, das ganz sicher nicht innerhalb von 5 bis 10 Jahren erreicht werden kann. Es braucht lange Zeit, um politische Verhaltensweisen zu verändern; Sozialisationsprozesse, auch politische, brauchen viel Zeit. Voraussetzungen für Partizipation sind Eigenschaften und Bedingungen, die gerade in schwierigen Stadtteilen statis-

tisch nicht zu erwarten sind: materielle Sicherheit, Selbstbewusstsein, Glaube an die Gestaltbarkeit seiner Umwelt aus eigener Kraft. Von unseren Soziale Stadt-Quartieren zu erwarten, sie könnten nach Ablauf des Förderzeitraums „das Zusammenleben im Quartier als ihre eigene Sache begreifen und dazu befähigt (sein), das Gemeinwesen selbst zu organisieren“, scheint mir verfehlt. Menschen, die bisher nie partizipiert haben, werden das in ihrer großen Mehrheit auch nach 5 bis 10 Jahren nicht tun. Nun brauchen wir aber, wie bekannt, die beschworenen selbst tragenden, partizipativen Strukturen, um den in Gang gekommenen Entwicklungsprozess auch nach Abzug der Profis auf Dauer zu stellen. Weg und Ziel sind also vertauscht. Verlangt wird für die Erreichung von Zielen eine Kompetenz und Ressource, die ihrerseits erst langfristig aufgebaut werden muss: Die Menschen im Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen sich sozusagen am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen. Nicht: durch Partizipation zur Erneuerung, heißt die Devise, sondern umgekehrt: Durch Erneuerung zur Partizipation.

Damit kein Missverständnis entsteht: Ich halte es keineswegs für unmöglich, Menschen dazu zu motivieren, sich stärker als bisher an der Gestaltung ihrer Umwelt zu beteiligen. Aber dafür braucht es gute Konzepte und vor allem viel Zeit.

Zum anderen: Da nach dem Abzug der Profis sich auch auf absehbare Zeit nur vergleichsweise wenige Menschen einbringen werden, liegt das gesamte Arbeitsprogramm auf wenigen Personen. Diese sitzen in jedem nur denkbaren Gremium und Kreis und sind nach einigen Jahren entweder müde und ziehen sich zurück oder haben sich zu multifunktionalen Halbprofessionellen weiter entwickelt. Die Gefahr des Ausbrennens oder Überaktivseins ist im öffentlich-politischen Raum immer groß, in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf aber noch größer als in anderen Quartieren. Das gehäufte Auftreten von omnipräsenten Superakteuren, die sich im öffentlichen Raum erfahren, geübt und sicher bewegen und – wie die meisten Gruppen – durchaus zu Inklusion bzw. zur Exklusion neuer Mit-

glieder neigen, kann nun aber Menschen mit wenig Erfahrung in Teilhabe und Engagement erst recht einschüchtern und auf Dauer verprellen statt motivieren. Jeder Kurs in Bürgerschaftlichem Engagement müsste meiner Ansicht nach eine Einheit enthalten mit dem Arbeitstitel „Wie finde ich permanent neue Mitglieder?“ Von Verstetigung über Köpfe lässt sich nur dann reden, wenn es gelingt bzw. gelungen ist, die Zahl der Menschen im Quartier entscheidend zu erhöhen, die an die Ziele und Realisierungschancen der sozialen Stadtentwicklung glauben und selber dabei mitmachen möchten. Hier hilft nur Geduld, wirtschaftliche Stabilität, Erziehung und Bildung – und stetiges Bohren.

3. Verstetigung durch Organisationsstrukturen

Diese Strategie liegt auf der Hand. Im Programm entwickelte und bewährte Organisationsstrukturen müssen so umgebaut bzw. auf andere Träger und Schultern verlagert werden, dass sie auch nach Ende der Laufzeit fortauern können. Was ist dafür wünschbar und nötig? Auch hier kann ich nur wenige Schlaglichter setzen:

- Ich nenne als erstes das Integrierte Handlungskonzept. Ich meine das nicht als inhaltliche, sondern als organisatorische Einheit: die ortsbezogene Definition und Überprüfung von Zielen disziplinen-, ämter- und dezernatsübergreifend, wenn möglich auch trägerübergreifend.

Was ist danach weiter wünschbar und nötig?

- Im Idealfall ein ähnliches Gremium wie die Lenkungsgruppen während des Förderzeitraums
- ein verlässlicher Ansprechpartner für das Quartier in der Verwaltung
- ein Ort, eine Stelle in der Verwaltung, die für den Stadtteil weiterhin besonders verantwortlich ist - wie immer die Stelle oder die Person sich dann nennt
- ein lokaler Verfügungsfond für ehrenamtliches Engagement

- Stadtteilforen, die sich aus VertreterInnen aller Einrichtungen im Stadtteil zusammensetzen (also etwas anderes sind als die weiterhin wichtigen gewählten Bürgerausschüsse)
- die ständige Einbindung von GemeinderätInnen in das Geschehen vor Ort
- ein Ort, eine Stelle, die aktives Partizipationsmanagement betreibt, also Konzepte für die Aufgabe entwickelt, die partizipatorische Basis im Stadtteil kontinuierlich zu vergrößern
- eine aktive Öffentlichkeitsarbeit im und für den Stadtteil
- letztlich die Übertragung der neuen Strukturen des Stadtteilmanagements auf die Gesamtstadt.

Mit diesem letztgenannten Aspekt bin ich beim 4. und letzten Abschnitt dieses Vortrags angekommen:

4. Verstetigung durch politischen Willen

Wirklich erfolgreich wird Stadteilerneuerung nur dann sein, wenn die in Gang gekommenen Veränderungsprozesse vom politischen Willen der Gesamtstadt getragen werden.

Integrierte Handlungskonzepte werden wir künftig überall brauchen; Verwaltungsstrukturen müssen in der Gesamtstadt so umgebaut werden, dass sie handlungsfeldbezogene, kooperative Arbeit über Ämter- und Dezernatsgrenzen hinaus möglich machen: Erziehung und Bildung, Lokale Arbeit, Wohnen etc. Oder, wie Bundesminister Tiefensee sagte: Städtebauförderung muss weiter entwickelt werden zur integrierten Stadtentwicklungspolitik. „Stadtentwicklungspolitik ist mehr als Städtebaupolitik. Stadtentwicklung muss mit Wirtschafts-, Arbeits-, Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik zusammengehen. Wir müssen mehr denn je die ganze Stadt im Blick haben.“

Die ganze Stadt im Blick haben, das bedeutet aber auch: die einzelnen Teile genau beobachten. Soziale Ausgeglichenheit

zwischen den Menschen und Gruppen, auch den einzelnen Stadtteilen, wird - da bin ich mir relativ sicher - ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität und Zufriedenheitsquote der Bürger, aber letztendlich auch die Sicherheit der Gesamtstadt darstellen. Wir werden sehr sensibel hinschauen müssen, ob die Segregation in den Städten noch weiter zunimmt und überall dort eingreifen und umsteuern müssen, wo die Gesellschaft auseinanderdriftet.

Diese Intervention wird insbesondere in einer kompensatorischen Politik liegen müssen, die über viele Jahre fort dauern muss: Die Quartiere mit schwierigen Rahmenbedingungen brauchen mehr Förderung als andere. Das hat mit dem viel zitierten ‚Tropf der Subventionierung‘, der die Betroffenen womöglich zum Nichtstun verleitet, rein gar nichts zu tun. Hier nur ein Beispiel für eine kompensatorische

Stadtpolitik: Hierher, in die Stadtteile mit besonderem Bildungsbedarf gehören die besten Schulmodelle, die besten Lehrer, die besten Konzepte. Hier, in diesen Stadtteilen, wird u.a. die eigentliche Integrationsaufgabe von Deutschen und Nichtdeutschen geleistet, nicht in den besser situierten Stadtteilen mit hoher Bildungs- und niedriger Ausländerquote. Es ist recht und billig, dass diese Stadtteile dafür auch Hilfe verlangen.

Wenn Sie mich also zum Schluss nach meiner Einschätzung fragen, ob die soziale Stadtentwicklung wirklich ein zeitlich befristeter Prozess sei oder nicht vielmehr eine Daueraufgabe (so die Frage im Einladungstext dieses Treffens), so lautet die Antwort eindeutig: „Daueraufgabe“. Gar nicht unbedingt nur als explizites Städtebauförderprogramm, aber sehr wohl als langfristige Aufgabe einer sozial ausgeglichenen Stadtpolitik.

Verstetigung durch soziale Infrastruktur: Stadtteile im Wandel. Die Bedeutung von Bürgerhäusern

Renate Schaumburg – Stadt Esslingen,
Beauftragte für Senioren und Bürgerschaftliches Engagement



Situation in den Kommunen

Lebensweltliche Veränderungen werden vor allem auf örtlicher Ebene spürbar. Die Kommune ist der Ort, in dem gelebt wird, in dem demografische wie soziale Veränderungen unmittelbar wahrgenommen und hautnah erfahren werden. Der Deutsche Verein hat kürzlich in seinen Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen geschrieben: „Die demografische Entwicklung ist als Herausforderung zu begreifen und anzunehmen, die eine historisch seltene Chance zu einem umfassenden Innovationsschub für unsere Gesellschaft und Wirtschaft bietet“.

Der demografische Wandel fordert alle gesellschaftlichen Kräfte und jede Einzelne sowie jeden Einzelnen. Seine Bewältigung erfordert gemeinsame Anstrengungen des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Dabei gilt es, die Potenziale der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die der Älteren zu erkennen und sie sozial, kulturell sowie wirtschaftlich zu nutzen. Der demografische Wandel könnte somit auch dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder eine aktivere Rolle bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens einnehmen.

In kleinen Schritten haben wir uns in Esslingen auf den Weg gemacht.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel

Vorab gilt es in der Politik, Verwaltung und Bevölkerung deutlich zu machen, dass das Alter keine Last ist, sondern ein Geschenk, das für die Gesellschaft wie für den Einzelnen viele Chancen bietet, auch im Miteinander der Generationen.

Bürgerbeteiligung, Kompetenz und Eigenverantwortung müssen wieder eine deutlich größere Rolle spielen. Deswegen muss die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements als eine Säule des Gemeinwesens gesehen werden.

Sensibilisierung zu Themen im Stadtteil – Kristallisationsort Bürgerhaus

1. Bürgerschaftliches Engagement (BE) ist Programm und Inhalt kommunaler Sozialpolitik

Die Kommune stützt sich bei der Entwicklung sozialer Sicherheit und Lebensqualität bewusst auf Konzepte von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement. Sie fördert und unterstützt diese mit Personal, Räu-

men, finanziellen Mitteln und öffentlicher Anerkennung. Kommunale Sozialplanung weist BE als unverzichtbaren wichtigen Leistungsträger aus.

Bürgerhäusern kann hierbei eine besondere Bedeutung zukommen. Sie können zum einen „Heimat“ für bürgerschaftlich engagierte Gruppen sein und zum anderen die Bevölkerung im Gemeinwesen für ein bürgerschaftliches Engagement motivieren.

Durch die vielfältigen Angebote, die die bürgerschaftlich Engagierten in das Gemeinwesen einbringen, werden soziale Kontakte zwischen Menschen geschaffen, Wissensvermittlung betrieben, gesundheits- und bildungsfördernde Maßnahmen – auch für bildungsferne Gruppen – durchgeführt und individuelle niederschwellige Hilfen angeboten. Sie haben zudem eine präventive Funktion, indem sie der Vereinsamung und sozialen Krisen vorbeugen und Brücken zwischen den Generationen schlagen.

Bürgerschaftliches Engagement macht Bürgerinnen und Bürger stark, fördert die Selbsthilfe und Netzwerkbildung

Engagierte Bürgerinnen und Bürger übernehmen Verantwortung für sich und andere, können Kontakte zu Gleichgesinnten herstellen und konkrete Einblicke in die Abläufe und Wirkungen ihres direkten Lebensumfelds und Gemeinwesens gewinnen. Sie bringen ihre Kompetenzen ein, können sich beteiligen, mitbestimmen, mitgestalten. Durch ihr Engagement stärken sie das notwendige soziale Miteinander und fördern die Solidarität.

Rolle der Kommune

Stadtverwaltung und Gemeinderat nehmen wahr, welche demografische Entwicklung auf das Gemeinwesen zu kommt und sie sehen sich dem Prinzip der Bürgerbeteiligung verpflichtet. Dies erfordert

- Ämter übergreifende Zusammenarbeit;
- Begegnung mit dem Bürger als gleichberechtigtem Partner auf Augenhöhe,

- Einsatz hauptamtlicher Kräfte als Berater und Moderatoren bei bürgerschaftlichen Gruppenprozessen,
- Wertschätzung und Anerkennung bürgerschaftlicher Arbeit sind Teil des sozialpolitischen Handelns von Stadträten, Bürgermeister und Verwaltung,
- Bereitstellung von Räumlichkeiten und Finanzmitteln.

2. Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur: Barrierefreies Leben und Wohnen

Die demografische Entwicklung hin zu einer immer älter werdenden Bevölkerung wird viele Seiten des täglichen Lebens verändern. Es muss darum gehen, Selbstbestimmung und Selbständigkeit bis ins hohe Alter zu unterstützen. Die Lebensbedingungen vor Ort müssen so gestaltet werden, dass sie dem Entstehen besonderer Hilfebedürftigkeit entgegenwirken, dabei liegt der Focus auf einer **barrierefreien Gestaltung** des öffentlichen Raumes. Barrierefreies Leben und Wohnen heißt aber auch vor Ort, d.h. in dem Stadtteil, in dem ich lebe, eine gute Infrastruktur und niederschwellige Dienstleistungsangebote vorzufinden. Im Rahmen der kommunalen Infrastrukturplanung beteiligen sich in Esslingen z.B. Bürgergruppen bzw. Initiativen mit den städtischen Bau- und Planungsbehörden sowie der Sozialverwaltung in Form von Stadtteilbegehungen. Zentraler Ort für Gespräche und die Erarbeitung von Maßnahmen kann hierbei das Bürgerhaus sein.

3. Niederschwellige Dienstleistungen – mit Sitz im Bürgerhaus

Niederschwellige Angebote wie z.B. Beratung vor Ort, Besuchsdienste, Einkaufshilfen, Pflegebegleiter, Kleinreparaturdienste können in einem Bürgerhaus angeboten werden. Auch die Konzeption des Mehrgenerationen- und Bürgerhauses Pliensauvorstadt sieht den Aufbau von bürgernahen Dienstleistungen vor.

Eine **soziale Infrastruktur** wie Schulen, Kinder-, Jugend- und Altenhilfeeinrichtungen, Kirchen und ein reges Vereinsleben

befördern das Leben in einem Bürgerhaus.

Fragen:

Kann ein Bürgerhaus den gesellschaftlichen Entwicklungen wie Vereinsamung, Sozialer Spaltung oder dem Generationenkonflikt entgegenwirken?

Sie können sensibilisieren, thematisieren und Vermeidungsstrategien entwickeln. D.h. aber auch, sie müssen sich dem stetigen Wandel in einem Stadtteil/der Gesellschaft anpassen und sich konzeptionell darauf einstellen. Dabei spielt die Vernetzungsarbeit eine große Rolle.

Mehrgenerationenhaus und Bürgerhaus in der Pliensauvorstadt ist nicht gleich Bürgerhaus in einem anderen Stadtteil.

Kann ein Bürgerhaus sich langfristig selbst tragen?

Nein. Ein Bürgerhaus kann und muss sich zum Teil refinanzieren. Ist es Ziel der Kommune/des Trägers, Bürgerschaftliches Engagement als ein Bestandteil der Konzeption zu verankern, so werden Kosten verursacht, die nicht durch Einnahmen auszugleichen sind. Das sind z.B. Raumnutzungskosten oder aber Kosten der Infrastrukturnutzung wie Telefon, Fax, PC und Arbeitsmaterial.

Eine hauptamtliche Fachkraft für die Organisation und Vernetzungsarbeit des Hauses und die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements ist unverzichtbar. Sie sichert die notwendige kontinuierliche Arbeit.

Wie können Engagierte im Stadtteil für den Betrieb/die Organisation eines Bürgerhauses oder für eigene Projekte/Angebote gewonnen werden?

Durch gesicherte Rahmenbedingungen wie: Ansprechperson (Unterstützung beim Aufbau von Projekten), kostenlose Nutzung von Räumen und Infrastruktur, Schulungen zur Vorbereitung auf ihre Tätigkeit, Gewährleistung von Auslagenersatz, Versicherungsschutz sowie die Pflege einer Anerkennungskultur.

Kann Bürgerschaftliches Engagement ein Schlüssel zur Identifikation und Heimatbildung sein?

Ja, Menschen, die sich einer Gruppe, Institution zugehörig fühlen, sind bereit Verantwortung zu übernehmen, sich für ihre Idee, z.B. für ein Bürgerhaus einzusetzen und sich somit mit der Einrichtung, dem Stadtteil bzw. ihrer Kommune zu identifizieren.

Wichtig: allgemeiner Nutzen und individueller Nutzen müssen sich die Waage halten.

Wie kann ein politischer Rückhalt entstehen, um ein Bürgerhaus mit zu tragen?

Nur durch Einbeziehung der BürgerInnen und dem klarem Signal von Bürgern, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und ein solches Projekt mitzutragen und mit Men/Womenpower zu unterstützen.

Ergebnisse des Workshops

Rainer Zingler – Stadt Mannheim, Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung

Eines der zentralen Anliegen der Stadtentwicklung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ist in den betroffenen Stadtteilen das eigenständige Stadtleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wiederherzustellen und das Zusammenleben im Quartier zu fördern, die vorhandenen örtlichen Potenziale zu stärken und die Bewohner zu motivieren, in Initiativen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.

Eine typische Maßnahme, um die Ziele Bürgermitwirkung, Stadtleben und soziale Integration zu erreichen, ist die Bereitstellung von Bürgertreffs und anderen Räumen, die Gelegenheit zu einem Gemeinschaftsleben bieten. In dem Workshop sollte diese elementare Funktion anhand des Mehrgenerationen- und Bürgerhauses Pliensauvorstadt dargestellt werden und gleichzeitig auch diskutiert werden, wie die vom Programm Soziale Stadt geforderte Verstetigung bei der sozialen Infrastruktur Bürgerhaus nach Auslauf der Förderung realisiert werden könnte.

Frau Schaumburg berichtete über ihre Erfahrungen in der Stadt Esslingen bei der Initiierung, Konzeption und dem Bau des Mehrgenerationen- und Bürgerhauses Pliensauvorstadt. Es hat sich gezeigt, dass der Anstoß zur Einrichtung eines Bürgerhauses überwiegend auf Bürgerengagement zurückzuführen ist und nur nachrangig auf den Willen von Politik oder Verwaltung.

Aus den gesellschaftlichen Veränderungen wie Singularisierung, Vereinsamung und fehlende Nachbarschaften resultiert ein Bedürfnis nach Gemeinschaft, das insbesondere durch die Errichtung von Bürgerhäusern, d. h. Bereitstellung von Bürgertreffs und anderen Räumen, die Gelegenheit zu einem Gemeinschaftsleben bieten, geschaffen werden kann.

Bürgerengagement resultiert dabei u. a. auch aus der demografischen Entwick-

lung, da insbesondere Ältere, die mit den entsprechenden zeitlichen Ressourcen ausgestattet sind, das Bürgerhaus als Angebot, ihr Engagement einzubringen, sehen.

Aus diesen Gegebenheiten heraus entstand die Idee der Kombination Bürgerhaus/Mehrgenerationenhaus.

Der Bau- bzw. Umbau der alten aufgelassenen Gewerbehalle wurde im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ bezuschusst. Durch die Beantragung der Bundesförderung als Mehrgenerationenhaus konnten darüber hinaus auch für den laufenden Betrieb Zuschüsse für die nächsten 7 Jahre gesichert werden.



Frau Schaumburg machte jedoch auch deutlich, dass für die Erfüllung der Förderrichtlinien des Bundes zum Mehrgenerationenhaus ein erheblicher Arbeitsaufwand notwendig ist. So ist beispielsweise Voraussetzung, dass in den Räumlichkeiten niederschwellige Dienstleistungsangebote, wie Beratungen vor Ort, Besuchsdienste, Freiwilligenagenturen o.ä. eingerichtet werden müssen.

So wurde zunächst eine ½ Personalstelle einer hauptamtlichen Leiterin finanziert. Diese Personalkosten konnten durch die Aufnahme zur Förderung als Mehrgenerationenhaus auf 70% aufgestockt werden, sodass nunmehr eine kontinuierlichere Arbeit gewährleistet ist. Neben der hauptamtlichen Angestellten wird angestrebt, Ehrenamtliche für die Mitarbeit zu gewinnen, was jetzt mit Anlaufen der Institution Bürgerhaus - die Eröffnung fand im Februar 2007 statt - auch immer besser gelingt. Wichtig, um das notwendige Engagement der Bürger für das Bürgerhaus zu

gewinnen, ist die Identifikation mit dem Stadtteil und seinen Einrichtungen.

Um mögliche Probleme beim Betrieb des Hauses in den Griff zu kriegen, war es bereits im Vorfeld notwendig, ausführlich an der Konzeption und Organisation des Hauses zu arbeiten. Ein sogenannter Koordinierungsausschuss aus Bürgern und Vertretern der Verwaltung hatte hier beispielsweise im Vorfeld eine entsprechende Hausordnung, um einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten erstellt, und die Konzeption für den künftigen Betrieb ausgearbeitet.

So wird beispielsweise für die Überlassung von Räumlichkeiten die Miete je nach Nutzungen ehrenamtlich, privat und durch Wirtschaftsbetriebe gestaffelt.

Von den Vertretern einzelner Städte wurde berichtet, dass während der Betriebes der Bürgerhäuser in ihrer Stadt teilweise die Problematik auftrat, dass einzelne Gruppen Ansprüche auf eine Dauernutzung erhoben und so die Nachfrage anderer Gruppierungen in den Hintergrund trat und somit deren Aktivitäten und das bürgerschaftliche Engagement entsprechend zurückgingen.

Solchen Entwicklungen muss umgehend entgegengetreten werden, damit gewährleistet ist, dass die öffentliche Einrichtung Bürgerhaus allen Bürgern zur Verfügung steht und nicht einzelnen Gruppierungen vorbehalten ist.

Einen wichtigen Beitrag zur Verstärkung der Einrichtung Bürgerhaus leistet sicherlich auch die Einnahme von Mieten für die Raumüberlassungen. Jedoch ist dies auch ein Balanceakt, es wäre falsch, bei den

Vermietungen rein wirtschaftliche Erwägungen in den Vordergrund zu stellen, da hierdurch die Motivation der ehrenamtlich Tätigen leiden kann bzw. der eigentlichen Zielsetzung von Bürgerhäusern, nämlich eine Gelegenheit für ein Gemeinschaftsleben zu bieten, zuwiderläuft.



Um einen nachhaltigen Betrieb des Mehrgenerationen- und Bürgerhauses zu erreichen ist nach Auffassung von Frau Schaumburg und den Workshopteilnehmern eine Kombination aus Selbstverwaltung durch Ehrenamtliche und hauptamtlichem Personal notwendig. Durch die Bundesförderung als Mehrgenerationenhaus ist zumindest die Förderung der hauptamtlichen Leiterin des Bürgerhauses für die nächsten Jahre gesichert und somit Kontinuität gewährleistet.

Allerdings wird man auch darüber hinaus nur mit hauptamtlichem Personal in der Lage sein, die Bewohnerinnen und Bewohner für eine ehrenamtliche Tätigkeit im Bürgerhaus zu motivieren. Eine Verstärkung nach Auslauf der Förderung wird sich nach Einschätzung der Teilnehmer somit nur durch die Übernahme der Personalkosten durch die Gemeinde oder einen Dritten (z.B. Freier Träger, Wohnungsunternehmen) realisieren lassen.

Verstetigung durch Existenzgründung: Fördermittel intelligent einsetzen!

Elke Vienken – Gesundheitsbüro Karlsruhe



Ich will Sie zunächst einmal ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Sie den Weg in meinen Workshop „Verstetigung durch Existenzgründung“ gefunden haben. Mein Name ist Elke Vienken, ich bin Diplom-Betriebswirtin mit Schwerpunkt Gesundheits- und Sozialmanagement und versuche derzeit ein „Lokales Gesundheitsbüro“ in Karlsruhe zu implementieren und zu etablieren. Bevor ich Ihnen Näheres über meine Arbeit erzähle, möchte ich eines anmerken: „Fördermittel intelligent einsetzen“ stammt nicht von mir; einen so – ich nenne es einmal – optimistischen Titel würde ich nicht wagen meiner Arbeit zu geben, weil es bis zu einer tatsächlichen Verstetigung – wie Sie wissen – ein sehr langer Weg ist; der „intelligente Mitteleinsatz“ sich infolgedessen erst noch weisen muss.

Dieses 'Lokale Gesundheitsbüro' hat eine längere Vorgeschichte. Ich habe vor einigen Jahren mein Praxissemester bei der Sozial- und Jugendbehörde in Karlsruhe / Abteilung Planungs- und Öffentlichkeitsarbeit absolviert und kam während dieses Praxissemesters erstmals mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt in Berührung. Dazu muss ich sagen; ich stamme beruflich originär aus dem Gesundheitswesen und achtete infolgedessen besonders auf gesundheitsrelevante Themen-

stellungen. Bei einer Fachtagung in Berlin von E & C (Entwicklung und Chancen von jungen Menschen in sozialen Brennpunkten) mit dem schönen Titel „Vernetzung – Macht – Gesundheit“ erhielt ich erstmals ausführliche Informationen bezüglich soziallagenbezogener Gesundheitsförderung; für mich absolutes Neuland, das mich faszinierte und zu meiner Diplomarbeit inspirierte: „Gesundheitsförderung und Prävention im Rahmen des Bund-Länder-Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“, in der ich versuchte, den sozialen Gradienten von Gesundheit herauszuarbeiten, sowie die Umsetzung von Gesundheitsförderung im Rahmen integrierter Stadtteilentwicklung untersuchte. Das Ergebnis liest sich genauso ernüchternd wie die regelmäßig veröffentlichten Statistiken des DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik): Gesundheitsförderung – als ein prioritäres Handlungsfeld zwar vielfach postuliert – rangiert in der Realität 'unter ferner liefen' an letzter Stelle der erfassten Projekte und Maßnahmen in allen Soziale Stadt-Gebieten. Warum?

Gesundheitsförderung und Prävention für sozial Benachteiligte

Die Beantwortung dieser Frage verleitete mich zu meinem ersten LOS-Mikroprojekt

im vergangenen Jahr, die Studie „Gesundheitsförderung und Prävention für sozial Benachteiligte exemplarisch dargestellt am Soziale Stadt Gebiet Innenstadt West in Karlsruhe“.

Die Studie – wovon ich Ihnen einige Exemplare mitgebracht habe – basiert auf der Untersuchung der (gesundheitsfördernden) Ist-Situation in einem innerstädtischen Problemgebiet. Dem Ansatz Qualitativer Sozialforschung entsprechend bediente ich mich der Methode des 'Experteninterviews' und stützte diese auf eigens hierfür von mir entwickelte teilstandardisierte Fragebögen. Die Auswahl der Studienteilnehmer orientierte sich an der Zielsetzung, Organisationen und Institutionen unterschiedlicher Handlungsebenen sowie ein möglichst breit gefächertes Spektrum sozialer und/oder gesundheitsfördernder Arbeit einschließlich Zielgruppen zu erfassen, um daraus ein möglichst lebensnahes Gesamtbild der 'Gesundheitsfördernden Situation im Quartier' entwickeln zu können. Mit anderen Worten: Die Erstellung einer Ist-Analyse. Die zentralen Ergebnisse dieser Studienarbeit will ich Ihnen nachfolgend ganz kurz skizzieren, doch zunächst:

Was bedeutet nun eigentlich 'Gesundheitsförderung'?

Klassische Prävention, wie wir sie kennen, konzentriert sich – ausgehend von der Frage „Was macht den Menschen krank“ – auf die Vermeidung von Krankheitsauslösern und damit verbunden auf individuelle Verhaltensänderung; kontext- und verhältnisbezogene Risikofaktoren wie beispielsweise belastende Wohn- oder Arbeitsbedingungen bleiben zumeist unberücksichtigt.

Gesundheitsförderung nun konterkariert diese rein pathogenetisch-defizitäre Betrachtungsweise und verlagert – ausgehend von der Frage „Was erhält den Menschen gesund?“ – den Fokus explizit auf die Stärkung von Handlungsfähigkeit und Kompetenz im jeweiligen sozialen Kontext.

Gesundheitsförderung umfasst somit sowohl den Individual- als auch auf den Strukturansatz; sprich die Verbesserung

sowohl der persönlichen Lebensweise als auch die Verbesserung der Lebensbedingungen. Anders ausgedrückt: Gesundheitsförderung verknüpft idealerweise Verhaltens- und Verhältnisprävention.

Als wissenschaftliche Rahmenkonzeption der Gesundheitsförderung etabliert hat sich das Salutogenetische Konzept des israelischen Medizinsoziologen Aaron Antonovsky (1997). Antonovsky bezeichnet Gesundheit als Pol eines Gesundheits-Krankheits-Kontinuums, in dem Gesundheit initiativ durch die Aktivierung von Potenzialen und Ressourcen geschaffen werden muss. Diese Potenziale und Ressourcen – plastischer ausgedrückt: Schutzfaktoren zur Bewältigung von Belastungen – zeigen individuelle Unterschiede und entwickeln sich in Abhängigkeit von den jeweiligen Lebensbedingungen in höchst unterschiedlicher Ausprägung.

Zur Veranschaulichung will ich Ihnen ein schönes Zitat von Antonovsky vorlesen:

“... meine fundamentale philosophische Annahme ist, dass der Fluss der Strom des Lebens ist. Niemand geht sicher am Ufer entlang. Ein Großteil dieses Flusses ist sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne verschmutzt; es gibt Gabelungen im Fluss, die zu leichten Strömungen oder in gefährliche Stromschnellen und Strudel führen. Meine Arbeit ist der Auseinandersetzung mit folgender Frage gewidmet: 'Wie wird man – wo immer man sich in diesem Fluss befindet, dessen Natur von historischen, soziokulturellen und physikalischen Umweltbedingungen bestimmt wird – ein guter Schwimmer?'“

Nun, welche Schutzfaktoren machen uns zu guten Schwimmern? Klar: Körperliche Ressourcen: wie körperliches Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit. Aber eben auch soziale Ressourcen: wie stabile soziale Strukturen, Akzeptanz und Unterstützung in sozialen Bezugsgruppen, angemessene Partizipation und Verhaltensspielräume, Transparenz sowie personale Ressourcen: ein positives Selbstkonzept, Selbstvertrauen, Bildung, Handlungswissen und Kompetenz.

Um die begriffliche Verwirrung letztlich aber perfekt zu machen, wird Gesundheitsförderung häufig mit dem Begriff der Primärprävention gleichgesetzt oder als Konkretisierung der Primärprävention interpretiert. Und wozu die ganze Verwirrung? Gesundheitsförderung/Primärprävention steigert die Lebensqualität, verlängert das Leben, ermöglicht ein aktives und produktives Leben, fördert das soziale Kapital und damit den Zusammenhalt in einer Gesellschaft!

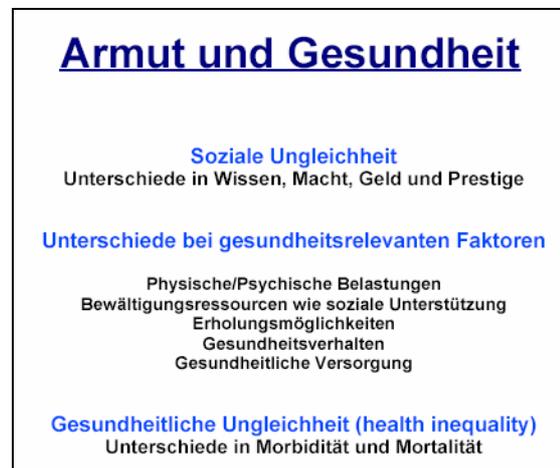
Das führt uns direkt zum 'Sozialen Gradienten' von Gesundheit. Denn die Chancen für ein langes gesundes Leben sind – auch in einem reichen Land wie dem unseren – höchst ungleich verteilt; so belegen gesundheitswissenschaftliche Studien vielfach:

- Arme Menschen haben eine um etwa sieben Jahre verkürzte Lebenserwartung.
- Arme Menschen haben in jeder Lebenslage ein mindestens doppelt so hohes Risiko, ernsthaft zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein.
- Arme Menschen haben wesentlich geringere Ressourcen zur Bewältigung von Belastungen und zur Förderung ihrer Gesundheit.

Die Ursachen sozial bedingter Disparitäten von Gesundheitschancen liegen – wie bereits angedeutet – sowohl in schlechteren Lebensbedingungen als auch in riskanterem Gesundheitsverhalten sozial benachteiligter Menschen begründet: Geringes Bildungs- und Einkommensniveau, mangelhafte Wohnverhältnisse, unzureichende soziale Integration und ungenügende Regenerationsmöglichkeiten korrelieren mit Ernährungsdefiziten, Bewegungsmangel, problematischem Umgang mit Stress sowie erhöhtem Tabak- und Alkoholkonsum.

Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen muss – nach dem derzeitigen gesundheitswissenschaftlichen Kenntnisstand – exakt auf die angestrebte Zielgruppe in ihrem Lebenskontext zugeschnitten und in ihre Lebenswelt

(Setting) integrierbar sein, um sowohl die Menschen und ihr gesundheitsförderndes Potenzial tatsächlich zu erreichen als auch die Mittel- und Oberschichtorientierung klassischer präventiver Angebote zu durchbrechen.



Als Kernstrategie bewährt hat sich hierbei der bereits angesprochene Setting-Ansatz, ein Systemansatz der – unter Einbeziehung der relevanten Akteure und angestrebten Zielgruppen – die Gesundheitspotenziale im konkreten Lebensbereich (beispielsweise im Stadtteil) aufzuspüren und zu entwickeln sucht.

Und damit spanne ich nun den Bogen zu Ihrem Tätigkeitsfeld: der Sozialen Stadtentwicklung. Denn in ihren prioritären Handlungsgrundsätzen zeigen sich Soziale Stadtentwicklung und Sozialraumbezogene Gesundheitsförderung absolut identisch:

- Die Stadt/Der Stadtteil als zentrale Handlungsebene
- Ein Integriertes Handlungskonzept (Eine ganzheitliche Strategie)
- Bürgeraktivierung und -beteiligung
- Bedarfsorientierung und Lebenslagenorientierung
- Niedrigschwelligkeit der Angebote
- Netzwerkbildung
- Interdisziplinär und ressortübergreifend sowie die

- Orientierung an Gestaltungsprozessen und weniger an vorgegebenen Ergebnissen
- Sozillagenbezogene Gesundheitsförderung

Soviel zur Theorie und nun zur Praxis ...

Die Problemlagenbeschreibung des Karlsruher Stadtteils Südliche Innenstadt West – mit seinen derzeit 5 000 Einwohnern und

seiner sehr hohen Einwohnerdichte – basiert auf dem Stadtentwicklungskonzept Soziale Stadt sowie dem Aktionsplan des Förderprogramms LOS und ähnelt vermutlich sehr den Problemlagenbeschreibungen anderer teilnehmenden Städte und Gemeinden:

- überdurchschnittlich hoher Ausländeranteil
- mangelhafte Sprachkompetenz sowie mangelnde Integration von Migranten
- hohe Arbeitslosen- (7%) und Sozialhilfequote (30%) - dabei ist jeder 3. Empfänger von Sozialhilfe minderjährig und bereits die Hälfte der Haushalte muss als arm bezeichnet werden
- steigende Jugendkriminalität
- Entstehung soziokultureller Parallelgesellschaften
- und hohe Fluktuationsrate der Wohnbevölkerung bei gleichzeitig hohem städtebaulichen Interventionsbedarf.

Kurz: Das gesellschaftliche Gefüge der Innenstadt-West ist geprägt von einer zunehmenden Tendenz sozialer Ungleichheit und sozialräumlicher Segregation.

Im Rahmen meiner Exploration wählte ich nun insgesamt 13 Studienteilnehmer unterschiedlicher Institutionen / Organisationen und Handlungsebenen aus, davon sieben damals aktuelle LOS-Mikroprojekträger. Auf Quartiersebene:

- 'Leo 11'; ein Wohnheim für psychisch Kranke mit integrierten Arbeits- und Beschäftigungsprojekt
- Die Leopoldschule; eine sog. Brennpunktschule
- Das TafF; ein Tagestreff für wohnungslose Frauen
- Einen Sportverein sowie den
- Deutschen Hausfrauenbund

Auf Institutioneller Ebene:

- Das Stadtplanungsamt
- Das Job Center; Sachgebiet Arbeitsvermittlung für Wohnungslose
- Den Psychosozialen Dienst der Sozial- und Jugendbehörde sowie das
- Gesundheitsamt; Fachbereich Gesundheitsförderung und Prävention

und auf der Ebene multisektoraler Gesundheitsförderung:

- Pro familia der Deutschen Gesellschaft für Familienplanung u. Sexualpäd.
- Das FoSS; Forschungszentrum für Schulsport und Sport für K. + J. sowie die
- AOK; Abteilung Gesundheitszentrum und Marketing

Der inhaltlichen Schwerpunkt fokussierte die Themenbereiche

- Angebotsstruktur (Bedarfsermittlung, Angebotsarten, Zielgruppen, Zielsetzungen, Multiplikatoren, Kooperationspartner, Finanzierung, Dokumentation und Evaluation)
- Information und Kommunikation der Akteure
- Prioritäre Handlungsbedarfe auf normativer, strategischer und operativer Ebene (aus Sicht der Akteure)

- und Möglichkeiten der Vernetzung beispielsweise in Form einer kommunalen Datenbank sowie der Implementierung eines Lokalen Gesundheitsbüros

Die Abfrage der Angebotsstruktur vollzog sich in starker Anlehnung an den Mantelfragebogen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Die Erhebung selbst erfolgte unter Berücksichtigung des Querschnittcharakters der Thematik – vergleichbar mit Gender Mainstreaming (Integrative Gleichstellungspolitik), weil die Angebote und Maßnahmen im Fördergebiet vielfach Gesundheitsbezüge aufweisen, ohne dass die Akteure gesundheitsfördernde Aspekte gezielt einplanen oder sich deren überhaupt bewusst sind.

Die Antworten auf die Frage nach der Bedeutung von „Gesundheit, Gesundheitsförderung und Prävention“ illustrieren dies sehr deutlich: Alle Befragten assoziieren in erster Linie körperliches Wohlbefinden – lediglich drei erweitert um psychische und soziale Komponenten – mit dem Gesundheitsbegriff.

Bemerkenswert bei meiner Untersuchung fand ich damals die Tatsache, dass die Angebotsstruktur allein bei der stichprobenartigen Untersuchung der wenigen Projekte alle von der BZgA aufgelisteten Interventionsansätze umfasst, als da wären:

- Individuelles Gesundheitsverhalten
- Stärkung sozialer Ressourcen
- Inanspruchnahme medizinischer Präventionsangebote
- Wohnqualität und Erholungsmöglichkeiten im Stadtteil
- sowie die Verbesserung gesundheitsrelevanter Bedingungen in Settings

Ebenso gestaltete sich die Angebotslandschaft höchst vielfältig, die alle Angebotsarten abdeckte, die die BZgA als Interventionsoption erwähnt; die Konzeption der erfassten Projekte und Maßnahmen erfolgte zudem – bewusst oder unbewusst – in konsequenter Orientierung am saluto-

genetischen Ansatz der Ressourcenstärkung und Entwicklung von Kompetenz!

Ohne im weiteren detaillierter auf die Studie einzugehen – wenn Sie Lust haben, werfen Sie einfach mal einen Blick hinein – will ich Ihnen die zentralen Ergebnisse, oder nennen wir es die prioritären Handlungsbedarfe aus Akteurssicht, nennen:

Es besteht mehrheitlich dringender Bedarf an:

- Erheblich mehr Transparenz der Informations- und Kommunikationsprozesse
- einer verbesserten interdisziplinären und ressortübergreifenden Zusammenarbeit
- sowie einer deutlich engeren Verzahnung von Sozial- und Gesundheitswesen

Das Lokale Gesundheitsbüro

Diese Ergebnisse mündeten nun in eine – in meine – 'Vision': Die Implementierung und Etablierung eines Lokalen Gesundheitsbüros. Das „Lokale Gesundheitsbüro“ – betrachtet als Instrument professionellen Gesundheitsmanagements – bietet meiner Ansicht nach die Chance, die 'Zentrale Koordinierungsstelle' für soziallagenbezogene Gesundheitsförderung und Prävention im Rahmen der Soziale Stadt-Strukturen einzunehmen.

Meine Aufgabe, meine Mission (ich erzähle Ihnen gleich, warum ich diese 'hehren' Begrifflichkeiten verwende) sehe ich in erster Linie in der

- Mediation
 - zwischen Sozial- und Gesundheitswesen
 - interdisziplinär und ressortübergreifend
 - individuell und institutionell und
- Identifikation
 - von Schnittstellen

- möglichen Bündnispartnern
- prioritären Aufgabenfeldern

Die Handlungsmaxime meines Lokalen Gesundheitsbüros lauten

- Kommunikation
 - das bedeutet: Gesundheitsförderung ressortübergreifend zum Thema machen; Bewusstsein zu wecken
 - Gesundheitspotenziale und -ressourcen zu ermitteln
 - sowie die Formulierung konkreter (gesundheitsfördernder) Handlungsbedarfe
- Kooperation
 - zur Entwicklung ressourcenschonender Interventionsstrategien
 - die Ausschöpfung alternativer Finanzierungsoptionen für soziallagenbezogene Gesundheitsförderung
 - sowie die Einbeziehung aller relevanten Stakeholder sowohl aus dem Sozial- als auch aus dem Gesundheitswesen
- Koordination
 - der gesundheitsfördernden Projekte und Maßnahmen
 - der Bündnispartner für Gesundheit
 - strategisch und operativ

Die von mir identifizierten vorrangigen Interventionsansätze basieren ebenfalls auf der Problemlagenbeschreibung des Quartiers, als da wären:

- Etablierung einer Gesunden Lebenskultur im Quartier: 'Brennpunktschule' als Kristallisationspunkt für Gesundheit im Quartier
- Arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung: Integrierte Gesundheitsförderung für Arbeitssuchende

- Medizinisch-pflegerische Betreuung für Wohnungs- und Obdachlose: Etablierung einer Pflegeeinrichtung für schwerkranke wohnungs- oder obdachlose Menschen

unter Einbeziehung einer gesetzlichen Krankenkasse in die Finanzierung soziallagenbezogener Gesundheitsförderung nach SGB V § 20.1.

Die übergeordneten Interventionsstrategien hierbei – wie bereits erwähnt der salutogentische Ansatz sowie der Settingansatz. Einige Worte zu den Interventionsansätzen:

Zur Etablierung einer Gesunden Lebenskultur im Quartier sehe ich momentan vor allem einen Ansatz: Das Schulprofiling einer sogenannte Brennpunktschule zur „Gesunden Schule“ und damit zum Kristallisationspunkt für Gesundheit im Quartier. Das Öffnen der Räumlichkeiten auch für Veranstaltungen der Quartiersbewohner, die aktive Einbindung der Elternschaft in den Gesundheitsförderungsprozess durch beispielsweise das Erstellen / eher 'Erkochen' eines Kiezkochbuchs sind nur einige Beispiele. Dem voran allerdings muss eine genaue Ist-Analyse der bisherigen Aktivitäten gehen, da die Schulleitung bereits in vielerlei Hinsicht höchst aktiv ist, und ich die Gefahr von 'Aktionitis/Projektitis' gerne meide.

Zum Thema Arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung/Gesundheitsförderung zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von arbeitslosen Menschen, modular aufgebaut, stehe ich aktuell in Kontakt mit dem Geschäftsführer des hiesigen JobCenters. Gesundheitsfördernde Maßnahmen als integraler Bestandteil der Arbeitsvermittlung bedeutet für Karlsruhe – wenn es denn tatsächlich in die Tat umgesetzt werden kann – ein Pilotprogramm, das es bislang in dieser Form in unserer Stadt nicht gibt. Eine echte Herausforderung!

Ein erheblich kleineres Projekt im Bereich Arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung steht bereits kurz vor der Umsetzung: Gesundheitsförderung als integraler Bestandteil der Berufsausbildung für Lernbe-

hinderte nach SGB IX. Hierbei steht die nachhaltige Einbindung gesundheitsfördernder Elemente in den Ausbildungsplan im Vordergrund. Der Konzeption voraus ging auch hier wiederum eine Ist-Analyse sowie die Analyse des konkreten Bedarfs.

Sowohl die Ist- als auch die Bedarfsanalyse erweisen sich beim letztgenannten Interventionsansatz als überflüssig, weil regelmäßige Befragungen und Sachstandsberichte dies erübrigen: Gesundheitsförderung für wohnungs- und obdachlose Menschen. Ich bin derzeit im Gespräch mit dem Abteilungsleiter Wohnungslosenhilfe der Stadt Karlsruhe – bzw. gleichzeitig neuer Sozialamtsleiter –, der ganz präzise ein Projekt zur medizinischen und pflegerischen Versorgung schwerstkranker Obdachloser anstrebt in Kooperation mit einem Wohlfahrtsverband und möglichst unter Einbeziehung einer

gesetzlichen Krankenkasse in die Finanzierung soziallagenbezogener Gesundheitsförderung nach SGB V § 20.1. Eine Thematik, in die ich mich aktuell versuche einzuarbeiten.

Sie sehen, es gibt viel zu tun. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf Ihre Fragen, um danach zu dem von mir für Sie vorbereiteten Planspiel überzugehen!



Ergebnisse des Workshops

*Petra Schmettow – Stadt Esslingen,
Stadtplanungs- und
Stadtmessungsamt,
Projektleitung Soziale
Stadt*

Frau Vienken ist es gelungen, einen Bedarf nachzuweisen und Wege zu eröffnen, wie Gesundheitsförderung nach dem salutogenetischen Ansatz im Stadtteil weiter verfolgt werden kann. Es wurde ihr Respekt ausgesprochen, wie sie die Thematik in Karlsruhe verankert hat und wie sie vorgegangen ist.

Aus ihrem Vortrag wurde folgendes deutlich:

- Das Thema Gesundheit bzw. Gesundheitsförderung ist in den Stadtteilen tatsächlich noch sehr wenig behandelt, wenn überhaupt, dann eher „nebenher“ und nicht immer erfolgreich. Alle sind sich einig, dass es wichtig wäre, das Thema weiter zu verfolgen.
- Es wurde mit Überraschung zur Kenntnis genommen, dass die Krankenkassen gesetzlich zur Präventionsarbeit verpflichtet sind und ihr nicht nachkommen. Besonders die Bewohner benachteiligter Stadtteile werden von den bestehenden Präventionsansätzen nicht erreicht.
- Offen blieb, ob durch bessere Kommunikation der Stadtteilakteure untereinander, durch bessere Kooperation und bessere Koordinierung tatsächlich ein zusätzlicher „Gesundheitsnutzen“ entstehen kann. Zum einen wurde berichtet, dass trotz konkreter Anfrage an die Krankenkassen diese nicht kooperativ waren, zum Teil auch explizit die Bewohner benachteiligter Stadtteile nicht als ihre Zielgruppe ansehen. Zum anderen blieb offen, ob innerhalb der Regelaufgaben der Stadtteilinstitutionen wirklich über Kooperation und Koordinierung weitere Ressourcen für Gesundheitsförderung zu erschließen wäre – oder ob dies nicht einer Überforderung gleich käme.

Das Thema Existenzgründung durch den intelligenten Einsatz von Fördermitteln hätten einige Teilnehmer des Workshops gerne noch eingehender diskutiert und konnte nur gestreift werden.

- Hinterfragt wurde, ob die häufig recht kurze Laufzeit von Projektförderungen denn für die Gesundheit derjenigen, die die Projekte beantragen und durchführen, eigentlich förderlich sei?
- Unter dem Aspekt der Verstetigung belegt Frau Vienkens Beispiel die Relevanz der Fragen: Wer eruiert einen Bedarf und wer formuliert ein Interesse an einer Projektfortführung? Wer ein nachhaltiges eigenes Interesse hat, kümmert sich auch mit mehr Nachdruck um die Fortführung.
- Einig waren sich die meisten, dass eine Orientierung am Markt (welchen Wert hat eine Dienstleistung, wie z.B. Beratung? Was ist den Nachfragern (Zielgruppen bzw. institutionelle Bestellern) denn die Leistung wert?) durchaus größere Bedeutung haben sollte. Dies mag auch eine Erklärung für die Renaissance von Genossenschaften zu sein, wie es im Workshop von mehreren Teilnehmern beschrieben wurde.
- Wer die „marktwirtschaftliche Brille aufsetzt“, muss auch das eigene Kapital kennen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde angesprochen, dass der Aufbau von Netzwerkstrukturen im Quartier auch ein (soziales) Kapital darstellt, das in die Projektentwicklung offensiv eingebracht werden kann.



Verstetigung? Eine Frage des politischen Willens

Michael Scheuermann – Geschäftsführer Gemeinschaftszentrum Jungbusch /
Quartiermanagement Jungbusch - Mannheim



Ergebnisse des Workshops

Gabi Silberborth – Soziale Dienste
Pforzheim/Enzkreis
gGmbH, Lern- und
Spielgruppe Oststadt

Michael Scheuermann stellt sich und den Mannheimer Stadtteil Jungbusch kurz vor: Er arbeitet seit 1992 in dem Stadtteil und ist derzeit Leiter des Gemeinschaftszentrum Jungbusch und Quartiermanager.

Der Jungbusch entstand in der Gründerzeit und war bis zum 2. Weltkrieg ein lebendiges Hafenviertel. Nach dem Niedergang des Stadtteils in der Nachkriegszeit stellte sich in den 70er Jahren die Frage des Abrisses oder der behutsamen Sanierung. Im Stadtteil hatten sich nach Wegzug der Mittelschicht überdurchschnittlich viele Unterprivilegierte und Migranten angesiedelt. Mitte der 80iger Jahre wurde im Rahmen eines Sozialplans die erste Gemeinwesenarbeit in Mannheim-Jungbusch installiert. Trotz vieler Erfolge konnte der für den Stadtteil so wichtige Zugang zum Wasser aufgrund Widerstand des Hafens zunächst nicht realisiert werden. In den Folgejahren ging in Wellenbewegungen das Interesse von Politik und Verwaltung zurück, um dann Ende der 90er Jahre mit

Blick auf das Mannheimer Stadtjubiläum 2007 wieder anzusteigen.

In einem beteiligungsintensiven Prozess namens „Zukunftswerkstatt Jungbusch“ wurde eine städtebauliche Rahmenplanung mit dem Ziel erarbeitet, neue Nutzungen auf den ehemaligen Hafenflächen am Verbindungskanal zu etablieren und gleichzeitig das benachbarte Wohnquartier umfassend zu stabilisieren und auf integrierte Weise aufzuwerten. Durch die Ansiedlung von Impulsgebern, wie z.B. die Popakademie Baden Württemberg, wurde ein Strukturwandel mit tiefgreifenden Veränderungen für den Stadtteil eingeleitet. Zusammen mit einem dezernatsübergreifend zusammengesetzten Local Area Team koordiniert das Quartiermanagement den Prozess der Stadtteilentwicklung, moderiert den Interessensausgleich und bündelt Kräfte vor Ort. Bis 2011 ist der Jungbusch mit seinen ca. 6.000 Bewohnern ein Gebiet der Sozialen Stadt.

Strategien für konsensorientierte und dauerhafte Netzwerke zwischen Bewohnerschaft, Stadtverwaltung und Politik am Beispiel Mannheim-Jungbusch:

- **Verstetigung braucht eine aktive Beziehungspflege**

Dabei helfen Rituale und die sinnliche Erfahrung, dass sich Fragen und Probleme nur gemeinsam lösen lassen.

Beispiel:

Beim Stadtteilstfest knüpfen Stadträte, Angestellte der Verwaltung und Schlüsselpersonen aus Bewohnerschaft und Stadtteil gemeinsam ein Netz auf der Bühne.

- **Verstetigung braucht Profilbildung**

Ein klar erkennbares Image und ein profiliertes Erscheinungsbild helfen, einer Organisation oder einem Stadtteil eine unübersehbare und überzeugende Identität zu geben.

Beispiel:

Der örtliche Bewohnerverein überreicht einmal im Jahr einen Sackträgerpreis für eine um den Stadtteil verdiente Persönlichkeit aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder Gesellschaft und das Quartiermanagement die Sackträgerkluft besteht aus Fischerhemd, Halstuch und Fischermütze.

- **Verstetigung braucht kontinuierliche Kommunikation zwischen den Beteiligten und Kommunikationskultur**

Um ein Ziel langfristig zu erreichen, muss auf Grundlage der spezifischen, lokalen Situation der Bedarf schlüssig herausgearbeitet und sichtbar gemacht werden. Kontinuität ist auf eine Struktur von verlässlicher Zusammenarbeit angewiesen.

Vor diesem Hintergrund sind informelle und formale Kontakte und sehr unterschiedliche Orte der Zusammenarbeit von Bedeutung. Frage: Worüber lässt sich ein „Wir-Gefühl“ formen?

Beispiel:

Das Quartiermanagement lädt von Zeit zu Zeit Vertreter der Bewohnerschaft, Kooperationspartner, Interessensträger im Quartier, Vertreter aus Stadt, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Hafenbeckensuppe ein. Der Quartiermanager kommentiert in der Rolle des Anglers auf humorvolle, aber pointierte Weise Themen der Stadtteilentwicklung.

- **Verstetigung braucht eine Beteiligungskultur**

Um verschiedene gesellschaftliche Gruppen in unterschiedlichen Lebenskontexten einzubeziehen, sind vielfältige Instrumente und Methoden zu wählen. Konferenzen und Arbeitskreise, die kognitive Fähigkeiten erfordern, schließen häufig bestimmte Personengruppen aus, die ohnehin einen erschwerten Zugang zur Gesellschaft haben.

Beispiel 1:

Gute Erfahrungen hat das Gemeinschaftszentrum Jungbusch mit Stadtteilrundgängen gemacht. Bewohner können vor Ort (sozusagen vor der Haustüre) ihre Erfahrungen schildern. Dadurch werden die Probleme nicht nur abstrakt besprochen, sondern auf direkte Weise begriffen. Die ebenfalls eingeladenen Verwaltungsfachleute und Politiker gehen den Problemen auf den Grund.

Beispiel 2:

Mit jungen Migranten praktiziert das Gemeinschaftszentrum seit vielen Jahren eine theaterpädagogische Arbeit. Zu den Internationalen Schillertagen führten mehrheitlich türkische Jugendliche eine auf ihre Lebenswelt adaptierte Version des Schiller-Klassikers „Jungfrau von Orleans“ auf. Das Stück wurde als sogenanntes Sidewalktheater auf Straßen und Plätzen des Stadtteils präsentiert. Dadurch wurden Themen und Lebenssituationen junger Migranten anschaulich gemacht und in die Mitte der Gesellschaft getragen. Kulturprojekte ermöglichen nicht-redegewandten Bewohnern ein Forum, um ihre Anliegen vorzubringen.

In der Diskussion erarbeitete Punkte, die für eine Verstetigung wichtig sind:

Politik sozialraumorientiert gestalten. Angefangene erfolgreiche Arbeit kontinuierlich fortführen und gemeinsam mit der Politik ein Resümee ziehen.

Ein Projekt ist zum Auslaufen verurteilt, wenn nicht schon zu Beginn überlegt wird, was man erreichen und wie man es erhalten will.



- Es muss ein politischer Wille vorhanden sein, der die Ziele klar formuliert.
- Beteiligung und Partizipation der Bürger muss stattfinden.
- Ressourcen müssen vorhanden sein (Personelle als auch ämterübergreifende).
- Vertrauen in die Strukturen und die Potentiale des Stadtteils.
- Schnittstellen schaffen im Stadtteil zwischen der Verwaltung, der Politik und den Bürgern.
- Rituale ermöglichen ein Zusammenkommen und das Erhalten von Kontakten.
- Gute Rahmenbedingungen schaffen, für Kontinuität (auch personell) und Verlässlichkeit sorgen.
- Wesentlich sind auch die finanziellen Ressourcen.

- Sinnvoll ist es, einen Aktions-Verfügungsfond einzurichten, bestehend aus Bewohnervertretern, Firmen usw.

Während der Förderperiode kam 1/3 der Gelder von der Kommune. Wenn dieses Drittel weiter eingesetzt wird, kann man den Erfolg wahren, oder 1% der Kommunalen Wirtschaftsförderung für sozialräumliche Unterstützung einsetzen. Weitere Möglichkeiten sind Fundraising, Nachbarschaftsstiftungen, Fonds etc., win-win-Situationen schaffen (vor allem zur Initiierung eines Prozesses).

Gute Kontakte zu Medien sind für die Stadtteilarbeit hilfreich.

Für eine zukunftsorientierte Verwaltung müssen Stabstellen für die Soziale Stadt eingerichtet sein und ämter- bzw. dezer-natsübergreifend gearbeitet werden. Dann kann auch eine zukunftsorientierte Politik greifen.



Evaluation und Messbarkeit von Erfolg

Prof. Dr. Maria Bitzan – Hochschule Esslingen und Forschungsinstitut tifs - Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung

Dr. Petra Wagner – Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg



1 Vorstellung der Referentinnen

Petra Wagner:

Sozialwissenschaftlerin, hauptberuflich tätig als Sozialplanerin bei der Stadt Mannheim; von 2002 bis 2005 Koordinatorin des Mannheimer Quartiermanagements; im Ehrenamt Gründungsmitglied und eine der Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg.

Maria Bitzan:

Professorin an der Hochschule Esslingen im Fachbereich Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege; Schwerpunkte in der Gemeinwesenarbeit, Ehrenamtlichenarbeit, soziale Stadtentwicklung und Sozialplanung (Jugendhilfeplanung), dazu Frauen- und Geschlechterforschung, Mädchenarbeit.

Mitbegründerin und -betreiberin des Forschungsinstituts tifs – Tübinger Institut für frauenpolitische Sozialforschung in Tübingen, das vor allem eigene Forschungen, Evaluationen und wissenschaftliche Begleitungen von Projekten und Programmen betreibt im Auftrag von Trägern, Kommunen, Ländern und Bund sowie in EU-Projekten.

2. Vorstudie

Auf Antrag von Maria Bitzan stellte die Hochschule geringfügige Mittel für eine Exploration im Vorfeld der Antragsstellung zur Verfügung. Damit konnten Sondierungsgespräche mit Akteurinnen vor Ort in einigen Standorten geführt werden mit dem Ziel, wesentliche Gesichtspunkte in den Blick zu bekommen, die Komplexität des Feldes zu eruieren und vor allem, wichtige Themenbereiche und Fragebedarfe zu erkunden. Frau Sylvia Beck hatte den Auftrag, in leitfadengestützten Gesprächen Themen zu den Entwicklungen und Zielgruppen, zum Förderprogramm, zur kommunalen Steuerung und zum Evaluationsbedarf anzusprechen. In einer ersten Sortierung und Auswertung der Gesprächsinhalte zeigten sich für die Evaluation wichtige Themenbereiche.

Mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation wurden diese Ergebnisse dem Workshop vorgestellt. Ziel dieser Präsentation war zum einen, einen Einblick in die angesprochenen Inhalte zu vermitteln und zum anderen, die Anwesenden dazu anzuregen, mitzudenken, welche Gesichtspunkte für eine städteübergreifende Evaluation wichtig sind und auch für die Städte selbst inte-

ressant sein könnten. Gleichzeitig zeigte bereits diese erste Aufstellung, wie aufschlussreich es sein kann, quer zu den einzelnen Standorten bestimmte Fragestellungen zusammen zu sehen. Die Themen wurden nicht nach Standorten gesondert präsentiert, sondern quer zu den Projekten als Auflistung der benannten Aspekte. Eine schematische Einteilung

zeigt dabei Haupttendenzen der Aussagen und vor allem im zweiten Teil Fragebereiche, die es genauer zu betrachten gilt.

Die Ergebnisse dieser Vorstudie werden zusammen mit den Diskussionsinhalten des Workshops und weiteren Sondierungen in die Beantragung des Vorhabens beim Wirtschaftsministerium einfließen.

3 Ergebnisse der Vorstudie

Hochschule Esslingen
LAG Soziale Stadtentwicklung Ba-Wü

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

**Markante Themen & Aspekte
aufgegriffen in Vorgesprächen in
Programmgebieten der „Sozialen Stadt“
in Baden-Württemberg**

Hochschule Esslingen
LAG Soziale Stadtentwicklung Ba-Wü

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

Exploration für das Evaluationsvorhaben

Ziel:

- Öffnung des Feldes
- Erkundung von wichtigen Themen und Bedarfen

Themenbereiche:

- inhaltliche Fragen zu Entwicklung und Zielgruppen
- zum Förderprogramm
- zur kommunalen Steuerung
- Evaluationsbedarf

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

Rahmen der Exploration

- **leitfadengestützte Gespräche in einigen Standorten**
(kommunale VertreterInnen, Aktive im Quartier)
- **Auswahl pragmatisch:**
 - kurzfristige Erreichbarkeit
 - regionale Streuung
 - unterschiedliche Programmdauer
 - Interessenssignale
- **Präsentation:**
 - soll Themen aufzeigen, die zur Gewichtung von Erfolgen und Problemen interessant erscheinen,
 - soll anregen mitzudenken,
 - soll zeigen, was Querblicke erbringen können, trotz je besonderer lokaler Situation

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

Gliederung

- Fördermodalitäten
- Kommunale Steuerung + Politik
- Entwicklungen auf Quartiersebene
- selbsttragende Strukturen und Verstetigung
- Berichtswesen und Dokumentation

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

Fördermodalitäten

+

- integrativer strategischer Ansatz
- Beteiligungs-/Ressourcenansatz
- umfassende Mittel für Sanierung/ Stadtentwicklung

-

- keine grundsätzliche Förderung des „Sozialen“
- Konstruktion Begleitprogramme
- Modalitäten von Ausschreibung/ Bewilligung

?

- Grundsätzlich:
- Welche Bedeutungszuschreibung erhält Sanierung und Soziales ?
 - Frage der Zeitzyklen

Hochschule Esslingen
LAG Soziale Stadtentwicklung Ba-Wü

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

**Berichtswesen +
Dokumentation**

- unterschiedliche Form und Intensität eigener Dokumentation
- nach Finanzquellen gesplittetes Berichtswesen

> ausführlichere Auswertung nur über externe Ressourcen möglich

Hochschule Esslingen
LAG Soziale Stadtentwicklung Ba-Wü

Evaluationsvorhaben „Programm Soziale Stadt“ Ba-Wü

**Meinungen zur
geplanten Evaluation**

+

- unabhängige „Begutachtung“
- Quersicht könnte Erkenntnisse für Verstetigung bringen
- überprüfen der Wahrnehmung der Aktivitäten von BürgerInnenseite aus
- Hoffnung, dass Kommune dem Ganzen Gewicht beimisst
- Ergänzung des eigenen Berichtswesens, das Wirkungen nicht abbilden kann

-

- Sorge vor zu viel belastender Zuarbeit
- Kommune macht nur mit, wenn genügend Anreize erkennbar (Widerstände?)
- Sorge, dass Erhebung über Akteurinnen und Akteure hinweggehen

4 Diskussion im Workshop – Zusammenfassung

Die meisten AkteurInnen beschäftigt zunächst die Frage nach einer Vor-Ort-Evaluation. Fast keine Kommune hat eine eigene zusammenhängende Berichterstattung - geschweige denn ein Evaluationssystem - entwickelt. Alle stehen kurz über lang vor der Frage, wie sie die Entwicklungen ihres Gebietes sichtbar und messbar machen können.

Eine landesweite Evaluation kann dies nicht ersetzen, aber unterstützen beispielsweise durch

- Anregung lokaler Dokumentationsprozesse,
- Erstellung von Indikatoren, die – in auf den Ort bezogener Konkretisierung – auch vergleichbar überprüft werden können, und zwar sowohl Ergebnisindikatoren (z.B. Infrastrukturdaten) als auch Prozessindikatoren (z.B. Beteiligungsformen),
- Entwicklung von Instrumenten, deren Ergebnisse vor Ort und übergreifend genutzt werden können (z.B. Sammlung der mit dem Programm verfolgten Ziele),

- ggf. Kooperation mit örtlichen EvaluatorenInnen (Synergieeffekte).

Darüber hinaus wird deutlich, dass eine landesweite Evaluation längst überfällig ist und die Initiative, dieses anzugehen, von den Anwesenden positiv bewertet wird. Das Land hat bisher die Verwendung der Fördermittel nicht systematisch überprüft. Eine Evaluation könnte somit auch die landesweite Debatte über integrierte Stadtteilentwicklungen und deren Rahmenziele sowie deren Förderungen durch das Land befördern. Andere Bundesländer haben dies getan, deren Ergebnisse und Vorgehensweisen sind einzubeziehen.

Zu den Inhalten und Zielsetzungen einer landesweiten Evaluation:

- Wichtig und gewollt ist ein partizipativer Ansatz der Evaluation, der die verantwortlichen AkteurInnen vor Ort in Fragestellungen und Erhebungen einbezieht. Nicht gewünscht sind anonyme Befragungen, notwendig vielmehr kommunikative Instrumente.
- Handhabbarkeit und Lesbarkeit für eine breite AdressatInnen-Gruppe ist anzustreben (Übersetzung für Politik und Kommunen muss stattfinden).
- Fragestellungen sollen aus den Erfahrungen vor Ort entwickelt werden, insofern wurde das Vorgehen mit der Vorstudie und der Diskussion auf dem Landesnetzwerktreffen als realisierte Partizipation sehr begrüßt.



Wünsche an inhaltliche Fragestellungen, die in einer Evaluation bearbeitet werden sollten:

a) Inhalte des Programms

- Wie ist die Sicht von BewohnerInnen selbst auf die Programmumsetzung? Was schätzen BewohnerInnen vor Ort? Welche Geschichten erzählen die Menschen im Stadtteil von dem „Mikrokosmos“ (qualitativ)?
- MieterInnenzufriedenheit und MieterInnenbindung: wie können Instrumente der Bindung konkret vor Ort aussehen, die den Bedürfnissen der BewohnerInnen gerecht werden (inhaltliche Frage), wie kann die Zufriedenheit erfasst werden (methodische Frage)? Welche Zielsetzungen müssen neu durch die demografischen Veränderungen gefunden werden?
- Zielgruppen und Entwicklungen durch Gegenüberstellung der Antragsbegründungen mit dem erreichten Stand, u.a. mit der Fragestellung: Konnten die ursprünglich angesprochenen Gruppen auch tatsächlich von den Angeboten profitieren?
- Was sind eigentlich Kriterien für eine positive Entwicklung, wie füllt sich das Handlungsziel „sozial“ für eine Stadtteilentwicklung – d.h. Kriterienfindung für Rahmenbewertung und für zukünftig Zielsetzungen.

b) Zur Programmabwicklung

- Wohin fließt das Geld? Wer hat letztlich etwas von den Fördermitteln?
- Wie praktikabel sind die Fördermodalitäten? Wo liegen Knackpunkte bezüglich der Fördermodalitäten (was erschwert die Mittelbewilligung etc.)?
- Inwiefern beinhalten die Vorgaben des Landes auch Umsetzungshindernisse? Das heißt: Was könnte in der Förderpraxis optimiert werden?

Insgesamt wurde durch die Diskussion deutlich, dass ein Interesse an einer übergreifenden Evaluation besteht, wenn es gelingt,

- die AkteurInnen vor Ort mit einzubeziehen,
- Fragestellungen und Instrumente zu entwickeln, die auch Erkenntnisse für die Vor-Ort-Auswertung ergeben und
- die Förderpraxis und die Zielsetzungen einer sozialen Stadtteilentwicklung aus den lokalen Prozessen heraus zu beurteilen.

Deutlich wurde ebenfalls, dass die meisten Kommunen aus sich heraus keine hinreichenden Ressourcen für lokale Evaluationen aufbringen können/werden.



Die Referentinnen wurden aufgefordert, das Vorhaben zu präzisieren und an das Wirtschaftsministerium heranzutragen.

Verstetigung in der sozialen Stadtentwicklung – Mehr Theorie als Praxis?

Bruno Raab-Monz – Stadt Esslingen, Leiter des Sozialamtes

Dr. Petra Wagner – Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg

Reinhard Thies – Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V.

Moderation:

Prof. Dr. Maria Bitzan – Hochschule Esslingen



Bitzan: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf Sie zum Abschlussplenum unter dem Titel „Verstetigung in der sozialen Stadtentwicklung – Mehr Theorie als Praxis?“ herzlich begrüßen.

Ich darf Ihnen das Podium kurz vorstellen. Ich fange einfach mal der Reihe nach an und beginne mit Herrn Raab-Monz, der Leiter des städtischen Sozialamtes in Esslingen. Er ist hier vor Ort gut bekannt und unter anderem zuständig für die Pliensauvorstadt. Er sitzt hier heute für die kommunale Ebene zu unserer Fragestellung. Neben mir Frau Dr. Petra Wagner. Sie sitzt hier als Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg, also für den Zusammenschluss auf Landesebene, das heißt im Grunde für alle Anwesenden hier. Sie ist in ihrem Hauptberuf Soziologin und Sozialplanerin in Mannheim. Und hier zu meiner

Rechten sitzt Reinhard Thies, heute hier in seiner Funktion als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und ansonsten beruflich in der Servicestelle Soziale Stadt des Diakonischen Werkes. Vielen Dank für Ihr Kommen.

Wir vermissen Frau Dr. Simon-Philipp² vom baden-württembergischen Wirtschaftsministerium. Sie war von uns eingeladen worden, mit hier an dem Podium teilzunehmen. Sie hat sich allerdings nicht geäußert, ob sie die Einladung annimmt oder nicht. Wir haben bis zuletzt gehofft, dass sie sich äußert und eine Zusage macht, weil wir denken, es wäre gut mit ihr

² Nachtrag: Wie die Veranstalter erst nachträglich erfahren haben, hat sich Frau Dr. Simon-Philipp beruflich verändert und ist nicht mehr im Dienst des Wirtschaftsministeriums tätig.

direkt in Dialog zu sein, insbesondere gerade zu diesem Thema, was an diesem Tag vielfältig verhandelt wurde. Darum werden wir jetzt eher sammeln, was wir ihr hier auch gerne mitteilen wollen und es ihr im Nachhinein in schriftlicher Form mitteilen.

Kurz noch zu meiner Person: Ich bin Professorin an der Hochschule Esslingen im Bereich Sozialwesen und mit der Thematik der Sozialen Stadt und Gemeinwesenarbeit seit vielen, vielen Jahren befasst und jetzt hier dafür da, das Podium zu moderieren.

Wir haben uns überlegt, dass wir uns auf dem Podium vor allen Dingen mit der Frage der Verstetigung beschäftigen wollen. Wir haben ja gesagt, das Programm läuft nun schon etliche Jahre und manche der inzwischen 60 Standorte in Baden-Württemberg sind nun auch schon fast am Ende des Förderzeitraumes angekommen und die Frage stellt sich dringender denn je, wie geht es weiter, wenn der Förderzeitraum abgelaufen ist. Es gibt inzwischen - vor allem, wenn man sich Ergebnisse auf Bundesebene anschaut – einige Punkte, die ziemlich klar sind: Es gibt genau dann positive Entwicklungen in den Stadtteilen, wenn ein paar Bedingungen da sind. Zum Beispiel, wenn klar ist, es funktioniert eine ämterübergreifende und damit auch Ämter kooperierende Steuerung, gleichzeitig verbunden mit dezentralen Entscheidungsbefugnissen. Das ist ein Punkt. Ein anderer Punkt ist, dass dann positive Entwicklungen im Stadtteil festzustellen sind, wenn baulich-investive Mittel mit Mitteln für soziale Infrastrukturen kombiniert werden und eine soziale Begleitung der Prozesse vor Ort stattfindet. Und der dritte und vielleicht wichtigste Punkt sind Möglichkeiten zur Stützung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohner.

Das haben wir unterschiedlich stark in den einzelnen Standorten aufgebaut. Die Frage ist, wie können die positiven Entwicklungen fortgesetzt werden. Wir haben ja heute morgen gehört, Verstetigung ist im Sinne einer Daueraufgabe zu verstehen, so hat es Frau Prof. Dr. Greiffenhagen gesagt. Ich fand es noch mal ganz schön, den Begriff Verstetigung andersherum zu

sehen: Es geht eigentlich darum, Verflüssigung zu bewirken, Verflüssigung von negativen Verstetigungsprozessen sozusagen.

Die Frage ist also, wie können diese Prozesse fortgesetzt werden, was braucht es dazu. Und das frage ich jetzt erst einmal die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus ihren jeweiligen Perspektiven. Deswegen möchte ich gerne anfangen mit Herrn Raab-Monz. Wir haben ja heute schon ein bisschen davon gehört, dass Esslingen eine gewisse Erfolgsgeschichte ist. Vielleicht können Sie aus ihrer Perspektive sagen, was es braucht, damit solche positiven Entwicklungen weitergehen.

Raab-Monz: Guten Tag, meine Damen und Herren. Das höre ich natürlich gerne, wenn Sieso positive Eindrücke hier gewonnen haben. Ich möchte aber am Anfang doch relativieren, ich kann natürlich nicht für die kommunale Ebene insgesamt sprechen, sondern eben ausschließlich aus Esslinger Sicht und auf unsere Situation hier auf Esslingen bezogen.

Der aus dem Programm Soziale Stadt mögliche Mitteleinsatz hat sichtbar viel bewirkt. Sie sehen es besonders hier und in dieser neuen Mitte. Die bauliche Veränderung wird wahrgenommen. Die Bewohnerschaft sieht, die Stadt tut etwas für die Vorstadt. Das LOS-Programm bewirkte ein Weiteres. Mit den bisher fast 400.000 €, eingesetzt in fast 50 „Mikroprojekten“, wurden bald 800 Menschen erreicht, vornehmlich Jugendliche bis 25 Jahren. Es wurde wahrgenommen: Es bewegt sich was, man kümmert sich um uns. Das ist die äußere Wahrnehmung. Die ist wichtig für das Lebensgefühl der Stadtteilbevölkerung.

Der weitergehende Wert ist für mich, dass, bei allen Schwierigkeiten im Einzelfall, es durch ein gezieltes Quartiersmanagement gelungen ist, Bürger für ein aktives Mitdenken zu gewinnen. Und Bürger haben im Rahmen der LOS-Angebote an ihrer persönlichen Situation gearbeitet. Sie haben sich sprachlich verbessert, ihre Zugangsvoraussetzungen zum Arbeitsmarkt oder einer Lehrstelle verbessert, haben ihr

Schuldenproblem in Angriff genommen und dergleichen mehr. Über die zweimal jährlich angebotenen Forumsveranstaltungen konnten viele Organisationen, Funktionsträger und Kommunalpolitiker, sowie die interessierte Öffentlichkeit eingebunden werden.

Hierin sehe ich eine Daueraufgabe. Diese Arbeitsweise müssen wir weiterführen. Eine dauerhafte soziale Begleitung, eine Ausschöpfung der vorhandenen sozialen und bürgerschaftlichen Ressourcen muss gesichert werden. Hierfür müssen differenzierte Strukturen aufgebaut werden.

Was haben wir gelernt, was wollen wir verstetigen? Intern: Dezernatsübergreifende Kooperation ist befruchtend, wenn auch zeitintensiv. Sie weitet den Blick. Auch im Gemeinderat wurde erkannt, dass die soziale Stadtentwicklung nicht in einem Fachausschuss allein ausreichend überschaut und behandelt werden kann. Diese disziplin-übergreifende Arbeitsweise ist für mich eine Grundvoraussetzung für eine Verstetigung. Im Zusammenwirken über Ämter- und Dezernatsgrenzen hinweg haben wir positive Erfahrungen gesammelt. Wir müssen auch in der Kommunalverwaltung weg von Einzelprogrammen der Fachressorts, hin zu auf den jeweiligen Sozialraum abgestimmten Konzepten, die auf strukturelle Verbesserungen zielen. Koordination und strategische Lenkung muss hier angesiedelt sein. Diesen Part können wir als Kommunalverwaltung organisatorisch mit vorhandenem Personal alleine regeln.

Im Stadtteil – da sieht es anders aus. Trotz aller schwierigen Voraussetzungen hat sich gezeigt, dass mit viel Geduld und direkter Ansprache von Multiplikatoren Interesse, auch Engagement befördert werden können. Das kann nicht nach Programmende unbegleitet bleiben. Das sind immer noch Ansätze. Dazu braucht es auf der operativen Ebene Ressourcen. Die Fachkraft im Bürgerhaus reicht hierzu nicht aus. Wir sind auf dem Weg, in dezentraler Gemeinwesenarbeit solche Prozesse zu organisieren. Wir brauchen ein fachbereichs- und trägerübergreifendes Sozialraummanagement unter Einbezie-

hung der gesellschaftlichen Gruppen – längerfristig auch ein Sozialraumbudget.

Und das kann nur gelingen, wenn wir der Kommunalpolitik verdeutlichen: gemeinwesen-orientiertes Arbeiten ist der richtige Ansatz, um die soziale Integration nicht nur der Migranten, sondern eben auch der armen, alten, alleinerziehenden, kranken Bevölkerung zu erhalten. Die Identität, Teilhabe und Partizipation zu fördern, der Singularisierung und Vereinsamung vorzubeugen, Identifikation zu schaffen und, natürlich, auch dämpfend auf soziale Auffälligkeiten einzuwirken.

Und wie ein solches Sozialraummanagement finanzieren? Ich sehe hierin eine Gemeinschaftsaufgabe. Nachhaltig wirksame Strukturen für eine soziale Stadtteilentwicklung zu sichern muss auch im Interesse des Landes liegen. Das Land müsste hier zu einer Regelförderung finden. Zumindest aber, wie ja vom Bund ermöglicht und in anderen Ländern praktiziert, Finanzierungsmittel des Bundes im Programm Soziale Stadt nicht nur auf die klassische städtebauliche Sanierung zu begrenzen, sondern sie unmittelbar auch zur Förderung des sozialen Miteinanders und der sozialen Integration einzusetzen. Uns also in die Lage zu versetzen, durch professionell unterstützte Strukturen dauerhaft die Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung in diesem und in ähnlich strukturierten Stadtteilen zu ermöglichen.

Und um in der Kommunalpolitik für eine solche sozialraumorientierte Struktur Zustimmung zu finden, können wir uns natürlich nicht auf diesen Stadtteil begrenzen. Von den Vereinen in den Höhenlagen bis zu anderen sozial nicht rosig gebetteten Stadtteilen wird natürlich mit einem gewissen Neid auf diese Mittelkonzentration in diesem Stadtteil geschaut. Und so kann eine Verstetigung der sozialen Stadtteilentwicklung nur im Kontext mit entsprechenden Bemühungen in anderen, von diesem Programm nicht profitierenden Stadtteilen gelingen. So gilt es zudem also zu klären: wie lassen sich die hier gewonnenen Erfahrungen auf andere, nach sozialen Kriterien stärker auffallende Stadtteile übertragen.

Ein Hinweis ist mir hier abschließend noch wichtig: die Ausgangssituation der Stadtkreise ist eine gänzlich andere, als die der kreisangehörigen Gemeinden, seien sie auch noch so selbstbewusste Große Kreisstädte. Die Jugendhilfezuständigkeit fehlt ohnehin. Nach Hartz IV und dem Verlust der Zuständigkeit nach SGB XII ist es kommunalpolitisch schwierig geworden, für soziale Arbeit als eine eigene Aufgabenstellung in der Politik Akzeptanz zu finden. Ein Mitwirken der Landkreise ist deshalb ebenfalls einzufordern.

Verstetigung braucht es, Verstetigung wird aber nur gelingen können, wenn Bund, Land, Landkreise und Kommune an einem Strang ziehen.

Bitzan: Ja, machen wir einfach vielleicht gleich weiter und diskutieren nachher noch mal diese Punkte. Wie ist stellt sich das aus der Perspektive der Landesarbeitsgemeinschaft dar? Was bräuchte es, um diese positiven Entwicklungen weiterzuführen?

Wagner: Ich denke, dass ich mich ein wenig kürzer fassen kann, weil ich den großen inhaltlichen Dissens gar nicht sehe und den Eindrucke hatte, dass heute morgen schon vieles von dem klar geworden ist, was wir am Ende des Tages als Ergebnis mitnehmen wollen: Soziale Stadtentwicklung ist eine Daueraufgabe.

Ich will vor allem die Gelegenheit nutzen darauf hinzuweisen, was uns allen in dem Netzwerk hier ein Herzensanliegen ist: nämlich über Institutionen, Träger und Förderprogramme hinweg zum Diskurs über Stadtteilarbeit zu kommen. Diese Landesarbeitsgemeinschaft reicht mit ihren vielfältigen Akteuren weit über die Programmgebiete der Sozialen Stadt hinaus!

Die Lücke, die sich auf unseren Netzwerk-Treffen wiederholt durch die Abwesenheit des Wirtschaftsministeriums auftut, ist allerdings eine, die ich in der Form nicht weiter hinnehmen will. Es reicht mir nicht, dass die Mitarbeiterin des Wirtschaftsministeriums sagt, die Netzwerk-Treffen seien eine tolle Sache, sie werde sich beteiligen, aber am Ende ist sie nicht da. Das

Wirtschaftsministerium ist der wesentliche Kooperationspartner, den wir brauchen, um landesweit in den Städten, in den Projekten mit der integrierten Stadtteilentwicklung weiter zu kommen. Ich verspreche, dass wir als Landesarbeitsgemeinschaft alles tun werden, um die Landesregierung noch stärker in diesen Prozess einzubinden.

Mir ist ganz wichtig, zu der Eingangsfrage, die uns als Podium gestellt worden ist, die Engführung auf das Programm Soziale Stadt zu lösen. Soziale Stadt, also die Notwendigkeit einer integrierten Stadtteilentwicklung, gibt es nicht erst, seit es das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt gibt. Ich bin davon überzeugt, dass es die Notwendigkeit zum integrierten Handeln vor Ort auch geben wird, wenn es eine öffentliche Förderung nicht mehr geben wird. Heute Morgen hat Frau Prof. Dr. Greiffenhagen bereits deutlich gemacht: Das zentrale Thema ist Segregation, ist Ungleichheit im Raum. Darauf brauchen wir als Stadtgesellschaft eine Antwort!

Meine These ist – auch nach den vielen, vielen Einzelgesprächen hier in der Landesarbeitsgemeinschaft –, dass die meisten Städte heute darauf noch nicht wirklich eine konzeptionelle Antwort haben. Wir beobachten oft eher das umgekehrte Phänomen: Wir sprechen von sozialer Segregation dort, wo Fördermittel der Sozialen Stadt eingeworben werden konnten. Denn es ist ein offenes Geheimnis, dass diese Mittel im Land Baden-Württemberg relativ locker vergeben werden. Das soziale Stigma entsteht nach der Förderung und ist nicht die Ursache dafür, dass wir zu integriertem Handeln kommen.

Das Problem, dass sich in der Tat ergibt, wenn die Fördermittel erst mal da sind, ist, wie stricke ich Maßnahmen, um das Ausgeben dieser Fördermittel zu legitimieren. Ich verstehe es aus der Perspektive der Projekte durchaus, dass man angesichts der auslaufenden Fördermittel dann natürlich überlegt, wie kann man gute angestrebene Maßnahmen verstetigen. Ich glaube aber, dass das substantiell und strukturell nicht das trifft, was wir mit einem hohen fachlichen Anspruch verbinden, den wir

alle an eine integrierte Stadtteilentwicklung haben.

Um auf den Punkt zu bringen, um was es geht: Es geht eigentlich um eine klare Stadtpolitik, die auch das Thema Segregation in aller Offenheit auf den Punkt bringt. Ich behaupte, dass es bisher – und es ist vielleicht auch richtig so – keinen politischen Konsens gibt, dass alle Stadtteile einer Stadt gleichartige Lebensbedingungen vorzuhalten haben. Ich behaupte, es gibt eine Form von sozialer Ungleichheit im Raum, die durchaus funktional ist, die in den Städten als Stadtpolitik aber nicht wirklich definiert ist. Damit existieren windelweiche Ziele für die Stadtpolitik und für die einzelnen Stadtteilentwicklungsprojekte.

Wozu ich aufrufe – und das ist insbesondere ein Appell an die Verwaltungsspitzen, nicht so sehr an die Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen selbst: Wir brauchen aufrichtige Antworten darauf, wie wir es eigentlich mit disparitären Strukturen im Raum handhaben wollen. Was wollen wir an Gleichheit, und was wollen wir an Ungleichheit in der Stadtgesellschaft hinnehmen? Wenn wir das politisch – und das ist eine politische Frage – klar haben, ist es auch nicht mehr so problematisch, die Ressourcen lokal zu bündeln, die geeignet sind, die Maßnahmen zu ergreifen, die ich brauche, um die definierten Ziele anzusteuern.

Es ist, und das war ja auch immer ein Anliegen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt, durchaus möglich, mit den vorhandenen Ressourcen – so knapp sie auch sind – etwas Produktives auf den Weg zu bringen. Viele kleine einzelne Förderprogramme haben deutlich gemacht und Impulse gegeben, dass das möglich ist. Ich finde, das ist der Weg der Zukunft: Sich ein Stück weit von der Förderpolitik verabschieden und den Blick auf die Strukturprobleme vor Ort nehmen und dann mit den bescheidenen Bordmitteln überlegen, was wirklich im Sinne integrierten Handelns für die Stadtteile zu erreichen ist. Ich glaube, dass wir da oft weiter kommen, als wenn wir nur auf das schauen, was im Moment die Förderprogrammlogik von uns an Auftragslagen verlangt.

Die Reihenfolge muss sozusagen wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Wir müssen definieren, was die Quartiere brauchen und dann ist es eine Frage des politischen Willens, zielstrebig und integriert zu handeln.

Bitzan: Du hast jetzt noch mal den Blick über die Förderprogramme hinaus geweitet, um zu sagen, es geht eigentlich um die positiven Stadtteilentwicklungen und von da aus müssen wir auf Förderprogramme gucken und von dieser Warte aus formulieren, was brauchen wir von wem. Was sagt die Bundesarbeitsgemeinschaft dazu?

Thies: Ich will das ausdrücklich unterstützen. Soziale Stadtentwicklung – Soziale Stadt ist ja immer nur so ein kurzes Label dafür – ist eine Daueraufgabe. Auf allen Ebenen. Das halte ich für wichtig als Bundesakteur. Das ist eine Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Denn ich will das auch noch mal zum Schutz der Gemeinde sagen: Der politische Diskurs vor Ort ist ungleich schwieriger zu führen über das Thema Ungleichheit, weil man unmittelbar über Wahlerfolge mit der Bevölkerung insgesamt konfrontiert ist. Deswegen müssen der Bund und die Länder Rahmenbedingungen schaffen, dass es den Kommunen einfacher fällt. Und das finde ich gut, dass es ein Bund-Länder-Programm gibt und das muss es verstetigt geben.

Ich nehme wahr, dass der Bund da seine Verpflichtungen weitgehend erfüllt, es hat eine gesetzliche Grundlage gegeben, mit dem § 171e Baugesetzbuch ist eine Verstetigungsgrundlage da. Das sollten wir uns als Sozialleute ganz bewusst machen, dass es mittlerweile eine gesetzliche Grundlage für dieses Handeln gibt auf Bundesebene. Das verpflichtet den Bund und die Länder, hier dauerhaft etwas zu tun. Das heißt nicht, dass dauerhaft ein Fördertatbestand für jeden Standort hergestellt wird, insofern wird der Ball weitergespielt an die Kommunen. Ich will davor warnen zu sagen, die Soziale Stadt läuft aus. Es wird auch nicht outgephased, sondern die Soziale Stadt geht massiv weiter. Nur, der Bundes- und Landeszuschuss wird kontinuierlich abgesenkt und

wird irgendwann womöglich auch eingestellt. Es kommen aber vielleicht andere Programme auf Bundesebene, auf Landesebene, aber Sie müssen ja immer sehen, der kommunale Anteil, der ja aufgebracht worden ist, auch in der intensiven Förderphase, ist ja weiter von der Kommune darzustellen.

Und jetzt kommt genau der Punkt ämterübergreifendes oder politikfeldübergreifendes Handeln. Da ist eine ganze Menge zu machen. Sie hatten das erwähnt in Richtung Sozialraumbudget. Das setzt ja erstmal voraus, dass die Verwaltungen, die Fachämter Sozialraumlogiken in ihrem Handeln verankern. Das ist ja nicht selbstverständlich. Jeder guckt auf den Fall, guckt auf ein Produkt, guckt auf Ziele, die auf jeden Fall mit der Sozialraumentwicklung nichts zu tun haben. Dass heißt, wir haben einen Paradigmenwechsel vorzunehmen in der Betrachtung von Strategien und Erfolgen, ganz unabhängig von benachteiligten Sozialräumen.

Und dann kommt die Frage Gebietsauswahl und Priorisierung: Wo fängt man an und wo hört man auf. Es ist ungeheuer wichtig, dass man die Gesamtstadt im Blick hat und sagt, wie hilft man Stadtteilen, die mit der Verteilung von kommunalen Mitteln nicht übervorteilt sind, sondern unterverteilt. Das heißt, wie gibt man denen den Anteil wieder in allen Politikbereichen, die andere Stadtteile überproportional haben und selbst aufbringen können. Ich nehme nur mal den Kulturbereich, den Sportbereich, den Wirtschaftsförderbereich. Wir haben es vorhin in der Arbeitsgruppe gehabt, wenn der nur seinen Beitrag, den er für die Gesamtstadt prozentual an Bevölkerungsstärke oder an Quadratmeter oder was auch immer für diese Stadtteil bringen würde, hätten wir eine Mordsdynamik, was finanzielle Mittel angeht.

Also insofern ist es gut, dass wir den goldenen Zügel des Programms soziale Stadt haben, aber letztlich muss es kommunal in allen Politikbereichen durchdekliniert werden. Das heißt also, wir müssen Verwaltung neu aufstellen, und nicht nur für Programmphasen, sondern dauerhaft. Wir müssen dafür sorgen, dass Verwaltungen,

also der öffentliche Sektor mit dem Wirtschaftssektor und dem sozialen, zivilgesellschaftlichen Sektor tatsächliche Entwicklungspartnerschaften auf Augenhöhe betreibt. Das halte ich für ungeheuer wichtig, damit man Politik auch bedient und berät und unterstützt zu sagen, ihr tut hier etwas für den Stadtteil und nicht für einzelne Bereiche oder Akteure.

Und die Bewohnerschaft wirklich zu einem Kern der Bewegung zu machen, das heißt, ihnen Macht gibt. Also den Bewohnern und Strukturen vor Ort Macht gibt. Verfügungsfonds bereitstellen, die tatsächlich dauerhaft in die Steuerungsmasse ganz unten angesetzt werden. Das sind die Schlüsselbegriffe, die man braucht, und dann muss man in jeder Stadt spezifisch erfinden und umsetzen, was jetzt hier Quartiermanagement heißt, was hier Forum oder Stadtteilbeirat usw. alles heißt. Das kann man, glaube ich, nicht über einen Kamm quetschen, da gibt es spezifische Begrifflichkeiten und Traditionen in einer Stadt, das muss spezifisch gemacht werden.

Und da ist das Programm, das will ich bewertend sagen, ein toller goldener Zügel gewesen, dass sich Kommunen auf diesen Weg gemacht haben und wir sind erst auf halber Strecke und da muss in diesem Sinne unheimlich viel Multiplikationsarbeit geleistet werden und das Land muss endlich die 40 Mio. Plus, die der Bund 2006 für Modellmaßnahmen im nicht-investiven Bereich gegeben, in die Hand nehmen und frei machen.

Wir hatten ja erwartet, dass wir heute mal einen Einblick kriegen, was das Land da vor hat. Und da denke ich, bedarf es des Schulterchlusses des Landesnetzwerkes und der Akteure, die dahinter stehen, und das Land hier deutlich zu attackieren, diesen Topf aufzumachen und diese Strategie auch zu nutzen für modellhafte Verstärkungsstrategien. Und dann kommen wir zu dem Thema, wie wird das gebündelt. Also ich denke, da ist die momentane wichtige Aufgabe, zu lenken, das Land hier politisch zu fordern. Und ich glaube, das ist nicht durch eine Verwaltung zu organisieren, sondern durch ein breites Bündnis von Leuten, die sich auch bei der

Politik melden und die Politik herausfordern, entsprechend umzusteuern.

Bitzan: Vielen Dank für die klaren Worte. Ich denke, wir haben jetzt aus diesen drei Beiträgen relativ deutlich gehört, wenn die positiven Entwicklungen in den Stadtteilen fortgesetzt werden sollen, sind alle Ebenen sehr gefordert. Wir haben gehört, dass es insgesamt immer wieder zurück fällt auf eine Diskussion darüber, wie soll eigentlich die Lebensqualität in allen Stadtteilen einer Stadt sein. Dass darüber eine Auseinandersetzung geführt werden muss und daran gemessen werden muss, welche Aktivitäten wo wie gefördert werden. Dass das also der Maßstab sein muss, wo dann an die Kommunen als Adressat vor allem die Forderung geht, ein neues Denken in die Verwaltung hinein zu bringen, dieses sozialraumorientierte Denken, dieses integrierte Steuerungsdenken tatsächlich entweder umzusetzen oder fortzusetzen.



Wir haben gehört, dass es da, wo wir kommunal die doppelte Ebene haben – Stadt- und Landkreis – die Landkreise mit am Tisch sitzen müssten, was meines Wissens noch ein völlig unbeackertes Feld ist. Und wir haben umso stärker das Land als Adressat gesehen. Das Land muss nicht dafür sorgen, dass vor Ort über die Wohnqualität in den Stadtteilen, die Lebensqualität in den Stadtteilen gesprochen wird. Das Land ist einfach gefordert, die Vorgaben, die da sind, zu erfüllen und die Mittel auch wirklich handhabbar weiterzureichen.

Wir haben heute die Chance, auf dem Landesnetzwerktreffen ein klares Votum in diese Richtung abzugeben. Wir haben das heute schon mehrfach diskutiert, über

welche Strategien das gehen kann. Die Workshops waren ja auch der Weg, sich verschiedene Strategien klar zu machen, und ich möchte jetzt gerne das Podium noch mal öffnen für Sie alle und möchte insbesondere aus den Workshops noch mal einfangen, was als zentraler Gedanke heraus gekommen ist, was als Strategie für die Verstetigung nötig ist und was vor allem an das Land gerichtet werden kann, was für eine Botschaft wir von dem Landesnetzwerktreffen weiter geben wollen.

Frage aus dem Publikum: Ich hätte eine Frage an Herrn Thies, es geht auch in Richtung Land. Es geht darum, dass er gesagt hat, den Bürgern muss man praktisch die Macht geben, den Bewohnern den Verfügungsraum. Die Bewohner, die in solchen Stadtteilen wohnen, haben aber die Mittel nicht, keine Raummöglichkeiten oft nicht und vor allem die Bildung, die Ausdrucksweise, die Herangehensweise an Bürgerbeteiligung haben die ja nicht, wenn man sie allein da stehen lassen würde. Dass heißt, es geht nicht ohne Unterstützung an Ressourcen, unter anderem finanziell, da sind wir uns auch einig, aber da ist das Land dann ja gefordert. Diese 40 Mio. Plus ist die Frage, ob die dann auch kommen, weil Sie auch gesagt haben, Bund und Land haben eigentlich ihre Sache getan. Bei der Organisationsstruktur, wo ja auch die Kommunen gefordert sind, diese interdisziplinäre Zusammenarbeit, da steht wiederum beim Land dagegen, dass wir diesen Produktplan Baden-Württemberg haben und wir uns abteilungsmäßig oder ämtermäßig in Produkten messen und das geht sehr fiskalisch zu. Und das steht einer Innovation im Weg, auch von der Organisationsstruktur.

Thies: Noch mal zu den Bürgern. Erstmals geht es ja darum, dass das Budget, das über Soziale Stadt als Sonderbudget da ist, nicht ausschließlich über Stadtverwaltung und Politik gesteuert wird. Es gibt ja die Möglichkeit, im Rahmen des Bundesländer-Programms Verfügungsfonds zu bilden, die nicht schon projektmäßig gebunden sind, die durch lokale Jurys, durch Bürgerkomitees oder ähnlich vergeben werden können. Die kann man breit austreuen. Da gibt es Standorte, die machen das bis zu 50.000 oder 100.000 €, es ma-

chen manche nur mit 2.000 bis 3.000 €. Ein kleines Element ist dieser Begleitausschuss, den wir von LOS kennen. Also, da kann man ja was machen. Das wäre ja zunächst mal eine Forderung auch an das Land: Macht das im Rahmen des Budgets Soziale Stadt möglich. Das können die schon in dem alten 70 Mio. € Kernbudget machen. Wenn man das über die Phase Soziale Stadt einübt, wäre das ja auch eine Frage, die man über das Förderprogramm hinaus als eine Struktur aufrechterhalten lassen könnte. Das man sagt, das ist ein Bestandteil von Umsetzung von Sozialer Stadt. Das können wir jetzt in dieser Podiumsdiskussion nicht klären, wie kann man das organisieren, dass das auch rechtlich und politisch seinen Bestand hat. Da gibt es aber Möglichkeiten, da gibt es gute Modelle, dass das geht. Und dann ist es auch nicht die Bürgerschaft insgesamt, aber es gibt sicher starke Repräsentanten innerhalb der Bürgerschaft, die man da einbinden muss und das auf immer breitere Füße stellen kann. Da gibt es viele Erfahrungen, die man anwenden kann, auch in solchen benachteiligten Stadtteilen.

Das andere sind ämterübergreifende Strukturen. Es braucht einen Koordinator ämterübergreifend, nicht nur für die Programmphase, sondern darüber hinaus, der diesen Sozialraumkoordinationsaufwand, den es gibt, quasi als Stabsstelle des Oberbürgermeisters, dauerhaft weiterführt. Das kann man auch auf Ämter zerlegen, aber man muss diesen Koordinator haben. Das kann man auch machen bei Produktsystemen, das muss man nur wollen. Und dann ist es wichtig, dass man dieses auch weiterdekliniert in die Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den Kirchen, also diesen starken Partnern, die man in der Stadt hat. Man muss auch diese sozialräumlich aufstellen. Ich bin beim Diakonischen Werk – wir sind doch auch versäult: Der eine ist für die Sucht, der andere für die Kinder, der andere für wen auch immer zuständig und auch dieses System hat noch nicht erkannt, wie man da was machen kann. Und die haben ja alle Ressourcen, die man sozialräumlich einsetzen kann. Und wenn ich jetzt mal an die Kirchen denke, die haben Räume, die müssen Kirchen verkaufen oder verschenken, die man alle in die soziale Stadt ein-

bringen kann. Gerade in den Standorten der Sozialen Stadt sinkt die Mitgliedschaft der Christen. Die haben Räume, das sind Ressourcen in diesen Stadtteilen, wo man oft gar nicht drüber nachdenkt: Kann ich ein Kirchengebäude nutzen für Strategien, solche Häuser zu gestalten. Da brauche ich gar kein Frischgeld, sondern ich muss nur das bestehende Geld geschickt und klug zusammenbinden.

Bitzan: Ich denke, das waren noch mal sehr konkrete Hinweise, wie das gedacht ist und da sind sich alle, die jemals irgendwelche Papiere zur Verstetigung geschrieben haben, einig, dass diese Verfügungsfonds und damit ganz dezentrale Entscheidungsmöglichkeiten eingerichtet werden müssen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und sehr schnell in die Wege zu leiten, damit es eingeübt werden kann und dann eine Praxis haben kann, die nicht an einem Tropf hängt.

Ich frage jetzt noch einmal zurück, gibt es aus den Workshops Punkte, die wichtig wären, die wir als Votum des Landesnetzwerks zusammentragen?



Beitrag aus dem Publikum: Frau Vienen hat in Ihrem Workshop dargestellt, wie sie im Rahmen eines LOS-Projektes den Bedarf an Gesundheitsförderung in einem Stadtteil eruiert hat mit einem salutogenetischen Ansatz, also mit der Fragestellung, was hält Menschen gesund. Sie hat geguckt, was es in den Stadtteilen in den verschiedenen Einrichtungen für Arbeitsansätze gibt, die nicht vom Kernauftrag her, aber nebenbei mit Gesundheit zu tun haben. Auf dem Weg hat sie festgestellt, dass dort erstens viel geleistet wird, das ist den wenigstens bewusst. Und zweitens ist weiterhin ein großer Bedarf da, sich dem Thema Gesundheit im Stadtteil, im

Sozialraum, in der Nachbarschaft zu nähern, weil das genau die Leute sind, die zur klassischen Gesundheitsstruktur überhaupt keinen Zugang haben. Das war die inhaltliche Ebene des Workshops.

Die zweite Ebene war genau genommen die, das LOS-Projekt auch zur Existenzgründung zu nutzen. Also zu gucken: Ich habe ein Interesse an einem Thema, ich will ein Thema bearbeiten, welche Wege gibt es da, aktiv zu werden, den Bedarf aufzuzeigen, den Bedarf mit Nachdruck zu vermitteln und darüber auch einen Weg zu Geld zu finden. Was für den restlichen Teilnehmerkreis vielleicht ganz interessant ist – das war nach meinem Eindruck auch neu – ist die Tatsache, dass die Krankenkassen offensichtlich sehr viel Programmmittel für den präventiven Ansatz zur Verfügung haben und es da durchaus so ein Kommunikationsproblem gibt, wie man an dieses Geld herankommen kann. Frau Vienken hat die These vertreten, das geht. Das war dann auch so ein bisschen Diskussion in unserer Runde, weil es offenbar auch Widerspruch von den Krankenkassen gibt. Aber es scheint tatsächlich ein Potenzial zu sein, dem man nachgehen könnte.

Bitzan: Vielen Dank. Ich denke, da ist auch noch mal ein Hinweis drin, andere Ebenen in den Blick zu nehmen für die Verstetigung. Es sind nämlich zwei Ebenen, zum einen insgesamt die Ebene der Ökonomie, und da durchaus nicht nur direkt die örtlichen Wirtschaftsunternehmen mit hinein zu nehmen, sondern auch andersherum LOS-Projekte als Start zu nehmen, um wieder was in Gang zu setzen, was dann auch ökonomisch funktionieren kann. Und zum anderen, dass man in diese Trägerpartnerschaften auch ungewöhnliche Träger mit hinein nimmt, so wie das Beispiel mit den Krankenkassen. Also nicht immer nur auf den herkömmlichen Weg zu gucken: Wo bekommen wir Gelder her und wo beantragen wir sie, sondern noch mal quer dazu zu suchen.

Jetzt würde ich gerne als letzten Punkt doch noch mal auf die Landesebene kommen, auf das, worüber wir jetzt mit Frau Dr. Simon-Philipp hier nicht sprechen können, nämlich auf diese Modellmittel,

die jetzt zusätzlich bereitgestellt wurden. Herr Thies hat vorher gesagt, er kann ein paar Impulse geben, was in anderen Ländern damit angefangen worden ist im Sinne der Verstetigung. Vielleicht gibt uns das auch noch mal eine Idee.

Thies: Also noch mal zur Sache, ich weiß nicht, ob das alle wissen. Der Bund stellt für dieses Programm jährlich 70 Mio. € als städtebauliches Kernbudget zur Verfügung. Mit dem kann man auch investitions vorbereitende oder -begleitende Maßnahmen fördern, zum Beispiel Quartiermanagement und solche Dinge. Der Bund räumt das ein, das ist nicht das Problem, sondern die Frage, ob die Länder das entsprechend umsetzen. Weil das zum Teil – auch in Baden-Württemberg – nur restriktiv wahrgenommen wurde, also das investitions begleitende oder -vorbereitende, hat der Bund nicht zuletzt für Baden-Württemberg 40 Mio. draufgelegt, um zu sagen, ihr könnt modellhaft auch Nichtinvestives machen. Und das konnten sie 2006, 2007 gibt's das noch mal und sie wird es auch 2008 noch mal geben. Das heißt, das sind nicht einmalige Modellmittel, sondern die laufen dann über drei Jahre.

Jetzt kann ein Land sagen, ich nehme diesen Anteil, und verwende ihn weiter investiv, das Land muss sie nicht in diesem Modellsinne verwenden. Insofern bedarf es eines politischen Impulses auf landespolitischer Ebene, aber auch von den Kommunen und ihrer Partner, das herauszufordern: a) durch eine Antragslage und b) durch fachpolitischen Nachdruck. Und jetzt passiert bei den Plus-Mitteln noch eine Möglichkeit: Das letzte Drittel, das die Kommune normalerweise bringen muss, kann in den Fall auch durch einen Dritten erbracht werden. Das heißt also, wenn das Land das freimacht und ein Träger – Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverband, Kirche etc. – könnte diesen kommunalen Anteil ersetzen, wenn wir kommunal ein Problem hätten, die Querfinanzierung hinzukriegen.

Damit kann man ganz viele Dinge machen, man kann nämlich auf die anderen Politikbereiche zugehen und sagen, bringt doch – ich mach das mal an der Suchtbe-

ratung fest – die Suchtberatung könnte eine Dependance in diesen Stadtteilen aufbauen. Damit hat die Suchtberatung einen Mehraufwand, könnte aber diesen Mehraufwand aus dem Bund-Länder-Programm Modellmaßnahmen fördern. Das ist jetzt sehr sektoral gedacht, aber es wäre zumindest mal ein Hinweis. Genauso könnte man sagen, ein Stadtteil soll die Bildungsfrage offensiv angehen, Volkshochschule, Familienbildung, Schulen usw. und könnten solch eine Bildungsoffensive für den Stadtteil durch die Modellmaßnahme fördern lassen. Und man würde an dieser Stelle das Geld des Kultusministeriums einfordern und sagen, beteiligt Euch an diesem lokalen Bildungsansatz. Und so könnte man das durch alle Politikbereiche durchdeklinieren, insofern hätten wir mit diesem Modellgeld ein phantastisches Instrument, traditionelle Fördersäulen für das Programm Soziale Stadt stark einzufordern. Da muss das Land das aber öffnen, dass man vor Ort so handeln kann.

Bitzan: Jetzt gibt es doch noch mal eine Frage dazu.

Frage aus dem Publikum: Ich wollte nur eine Anmerkung zum Programm machen. Es ist natürlich richtig, dass in der Vergangenheit auch in der sozialen Stadt im Grunde ein Etikettenschwindel vom Land gemacht wurde, weil man nur investive Maßnahmen fördern konnte. Das hängt bekanntermaßen damit zusammen, dass die Mittel aus dem kommunalen Investitionsfonds (KIF) kommen. Dabei darf man aber auch nicht vergessen, genau deshalb ist der Stadterneuerungstopf deutlich besser gefüllt als in fast allen Ländern, also nicht, dass man da das Kind mit dem Bade ausschüttet. Ich bin froh, dass wir am KIF hängen, dass nicht jedes Jahr das Land neu entscheiden kann, ob es Städtebauförderung macht, ja oder nein. Damit sind zunächst mal viele Mittel vorhanden.

Jetzt sind wir eigentlich in der Situation, dass wir eigentlich überschüttet werden mit ergänzenden Programmen. Dieses Modellvorhaben ist innerhalb von zwei Monaten über uns gekommen, wir haben in Stuttgart beispielsweise versucht, sofort zu reagieren. Wir haben auch mit Trägern etwas gemacht, wir haben im XENOS

Maßnahmen angemeldet, wir haben im „Jugend für Vielfalt“ Maßnahmen angemeldet, also es gibt inzwischen eine breite Palette. Ich hoffe, dass auch in anderen Städten, ich weiß von Esslingen, dass da auch entsprechende Anträge gestellt worden sind. Unser Problem auf der Praxisebene ist oft, diese Programme gegeneinander abzugrenzen. LOS 5. Periode schwirrt rum, keiner weiß so ganz genau, was daraus wird. Also, diese neue Vielfalt, die sehr positiv ist, die ja auch eine lange Diskussion und Druck auf das Land, diese soziale Komponente der sozialen Stadt endlich mal einzulösen, resultiert, und dies jetzt konkret umzusetzen. Und ich denke, dass es jetzt auch darauf ankommt, in den Soziale-Stadt-Gebieten diese Kultur mit Trägern, mit verschiedenen Initiativen zu pflegen und zu entwickeln und ich hoffe auch, dass das zu einer Verstetigung kommt, also jetzt ad hoc und schnell und mit heißen Nadeln gestrickt hilft uns natürlich, aber ist nicht wirklich nachhaltig.

Bitzan: Also, das möchte ich gerne noch mal aufgreifen und damit auch das Schlusswort einleiten. Das eine tun, das andere nicht lassen. Wenn wir Bilanz ziehen, kommen wir an den Punkt, dass in der Tat alle diese Mittel genutzt werden müssen und da jede Anregung, wie die nutzbar sind, willkommen ist, um vor allem auch die Kooperation auf allen Ebenen ins Laufen zu bringen, so dass sie funktionieren können und gleichzeitig an das Land die Diskussion heranzutragen, was sie eigentlich für eine Förderpolitik betreibt und genau dieses Thema zum Thema zu machen, nämlich dass viele einzelne kleine Förderprogramme genau das nicht ermöglichen, was gebraucht wird, nämlich in diese Daueraufgabe der Unterstützung der sozialen Stadt zu investieren. Dieses Thema voranzutreiben, es politisch zum Thema zu machen unter dem Aspekt der Herstellung von Lebensqualität und gleichzeitig die vielfältigen Strategien vor Ort zu nutzen, um die positiven Entwicklungen nicht wieder zurückfahren zu lassen.

Für heute müssen wir so damit enden und wir werden versuchen, es weiter zu tragen, dass es tatsächlich an die richtige Stelle kommt. In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen Teilnehmenden!

Teilnehmende

Ackermann, Jörg, Stadt Mannheim, Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung
Postfach 10 30 51, 68030 Mannheim
joerg.ackermann@mannheim.de, 0621 / 2937904

Akermann, Sonja, Wohnstätten Sindelfingen GmbH, Quartiersarbeiterin
Bottroper Str. 33, 70376 Stuttgart
akermann@wohnstaetten-sindelfingen.de, 0711 / 259 63852

Back, Clemens, Dr., K.I.O.S.K. e.V. auf dem Rieselfeld, Quartiersarbeiter
Gerda-Weilerstr. 13, 79100 Freiburg
rieselfeld@gmx.de, 0761 / 7679562

Beck, Sylvia, Mehrgenerationen Bürgerhaus Pliensauvorstadt, Leitung
Weilstraße 8, 73734 Esslingen
Sylvia.Beck@fv-pvs.de

Bitzan, Maria, Prof. Dr., Hochschule für Sozialwesen Esslingen, Professorin
Flandernstraße 101, 73273 Esslingen
maria-bitzan@hs-esslingen.de, 0711 / 397-4590

Blaue, Bärbel, Stadt Schwäbisch Gmünd, Koordinierungsstelle BE + Aktion Familie
Marktplatz 37, 73525 Schwäbisch Gmünd
baerbel.blaue@schwaebisch-gmuend.de, 07171 / 603-5070

Blumberg, Christina, LWV Eingliederungshilfe GmbH, Sozialdienst Französisches Viertel
Konrad-Adenauer-Straße 13, 72072 Tübingen
christina.blumberg@lww-eh.de, 07071 / 97559-252

Bolzhauser, Werner, Evang. Ges. Stuttgart, Mitarbeiter Berberdorf
Pliensauwasen 1, 73734 Esslingen a.N.
werner.bolzhauser@eva-stuttgart.de, 0711 / 9388 141

Boos-Krüger, Annegret, Dr., HA Hessen Agentur GmbH, Regionalbüro Kassel
Ständeplatz 5, 34117 Kassel
annegret.boos-krueger@hessen-agentur.de, 0561 / 72899-8728

Borgwardt, Annegret, Stadtverwaltung Ludwigshafen, Projektleitung Soziale Stadt
Europaplatz 1, 67063 Ludwigshafen
annegret.borgwardt@ludwigshafen.de, 0621 / 504-2997

Bormann, Bernhard, Stadtteilbüro, Quartiersmanager Oststadt
Buchstraße 60, 73525 Schwäbisch Gmünd
bernhard.bormann@t-online.de, 07171 / 877490

Brecht, Brunhilde, Soziale Dienste GmbH Lern u. Spielgruppe, Lern- und Spielgruppe
Oranienstr. 22a, 75175 Pforzheim
07231 / 32373

Caglak, Ayse, Stadtjugendring Sindelfingen e.V., Quartiersarbeiterin
Watzmannstr. 5, 71067 Sindelfingen
a.caglak@sjr-sifi.de, 07031 / 817712

Coschurba, Fred, Geschäftsführer EBI gGmbH
Hölderlinweg 52, 73728 Esslingen
fred.coschurba@ebi-esslingen.de, 0711 / 312021

Dietl, Peter, Dr., URBA Architektenpartnerschaft, Freier Architekt
Oberstdorfer Straße 20, 70327 Stuttgart
urba.dietl@web.de, 0711 / 3369700

Dolp, Hermine, Diakonisches Werk MA - Projekt Rainweidenstraße
Kleestraße 8, 68159 Mannheim
rainweidenstrasse@diakonie-mannheim.de, 0621 / 3187738

Emig, Dieter, Alternative Kommunalpolitik, Ehrenamtliche Redaktion
Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe
dieter-emig@t-online.de, 0721 / 29155

Ensinger, Lydia, FHS Mannheim, Studentin

Feulner, Thea, Jugendamt Stuttgart, Gemeinwesenarbeit
Wilhelmstr. 3, 70182 Stuttgart
thea.feulner@stuttgart.de, 0711 / 2164482

Fries, Sven, Dr., Büro Stadtberatung Dr. Sven Fries, Geschäftsführer
Schillerstraße 25, 73760 Ostfildern
sozialestadt@web.de, 0711 / 30090941

Fritz, Antje, Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Mühlrain 9, 70180 Stuttgart
wpstuttgart@weeberpartner.de

Fritz, Katrin, GRIPS, Projektmitarbeiterin Stadtteilmanagement,
Schozacher Str. 20, 70437 Stuttgart
soziale-stadt-buero@stuttgart-rot.com, 0711 / 88796090

Fritz, Michael, Stadt Karlsruhe, Stadtplanungsamt, Bereich GS/Sanierung
Lammstraße 7, 76133 Karlsruhe
Michael.Fritz@stpla.karlsruhe.de, 0721 / 133-1840

Gmeiner, Maria, AG West e.V., Gemeinwesenarbeit
Sedanstraße 67, 89077 Ulm
maria.gmeiner@agwest.telebus.de, 0731 / 36490

Gohl, Dieter, Stadt Bruchsal, Leiter Sanierungsstelle
Am Holzmarkt 5, 76646 Bruchsal
dieter.gohl@bruchsal.de, 07251 / 79467

Grass, Christoph, HA Hessen Agentur GmbH, Regionalbüro Kassel
Ständeplatz 5, 34117 Kassel
christoph.grass@hessen-agentur.de, 0561 / 72899-8728

Greiffenhagen, Sylvia, Prof. Dr., Evangelische Fachhochschule Nürnberg,
IfSS Stuttgart/Nürnberg
sylvia.greiffenhagen@t-online.de

Gschwind, Friedemann, Stadt Stuttgart, Leiter Stadterneuerung
Eberhardstraße 10, 70173 Stuttgart
Friedemann.Gschwind@stuttgart.de, 0711 / 216 3600

Hartwig, Jens, Evang. Gesellschaft Stuttgart, Quartiermanager
Büchsenstraße 34/36, 70174 Stuttgart
jens.hartwig@eva-stuttgart.de, 0711 / 2849265

Hildebrand, Klaus-Peter, LBBW Immobilien Kommunalentwicklung, Projektleiter Sanierung
Ettlinger Str.1, 76137 Karlsruhe
Klaus-Peter.Hildebrand@lbbw-im.de, 0721 / 35454-244

Hilles, Kristina, Hochschule Esslingen, Studentin
Esslingen
kristina.hilles@gmx.de

Hofer, Antje, Jugendamt Stuttgart, Gemeinwesenarbeit
Wilhelmstr. 3, 70182 Stuttgart
antje.hofer@stuttgart.de, 0711 / 2164482

Hoffmann, Petra, Diakonisches Werk Mannheim e.V. - Projekt Durlacher Straße
Durlacher Str. 102, 68219 Mannheim
hoffmann@diakonie-mannheim.de

Höfle, Gabriel, Stadtteilbüro Quartiermanagement Neckarstadt-West, Quartiermanager
Mittelstrasse 28a, 68169 Mannheim
quartiermanagement@neckarstadt-west.de, 0621 / 1567320

Holch, Martin, Stadt Stuttgart - Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, Projektleiter
Soziale Stadt
Eberhardstr.10, 70173 Stuttgart
martin.holch@stuttgart.de, 0711 / 216 2839

Janisch, Andrea, AG West e.V., Gemeinwesenarbeit
Sedanstraße 67, 89077 Ulm
andrea.janisch@agwest.telebus.de, 0731 / 3608237

Junge, Bernd, Stadt Esslingen, Grünflächenamt
Ritterstraße 17, 73728 Esslingen
bernd.junge@esslingen.de, 0711 / 35122263

Keinath, Christine, URBA Architektenpartnerschaft, Freier Architekt
Oberstdorfer Straße 20, 70327 Stuttgart
urba.keinath@web.de, 0711 / 3369700

Keller, Albrecht, LBBW Immobilien Kommunalentwicklung, Sanierung und
Projektmanagement
Olgastraße 86, 70180 Stuttgart
Albrecht.Keller@lbbw-im.de, 0711 / 6454-158

Klingler, Benjamin, Diakonieverein im Diakonischen Werk Mannheim e.V.,
Quartiermanagement Herzogenried
Am Brunnengarten 8, 68169 Mannheim
qum-herzogenried@diakonie-mannheim.de, 0621 / 3009809

Koschwitz, Edith, Stadtteilbüro Ebingen-West
Im Weiherwuh 32, 72458 Albstadt
ortsnetz.projekte@gmx.de, 07431 / 701639

Kothmeier, Rudolf, Stadt Offenburg
Postfach 2450, 77614 Offenburg
Rudolf.Kothmeier@offenburg.de, 0781 / 82 2316 /2274

Krämer, Andreas, Stuttgart

Kullmann, Christoph, EFH Reutlingen-Ludwigsburg, Geschäftsführer Praxisamt
Hopfengartenstr. 28, 72766 Reutlingen
ch.kullmann@web.de, 0171 /1216977

Länger-Schmidt, Karin, Stadtverwaltung Ludwigshafen, Projektleitung Soziale Stadt
Europaplatz 1, 67063 Ludwigshafen
karin.laenger-schmidt@ludwigshafen.de, 0621 / 504-2995

Lapp, Michael, Diakonieverein im Diakonischen Werk Mannheim e.V., Quartiermanagement
Herzogenried
Am Brunnengarten 8, 68169 Mannheim
qum-herzogenried@diakonie-mannheim.de, 0621 / 3009809

Leidinger Martina, Koordinatorin, Soz. Stadt Grünbühl/Sonnenberg,
Pflugfelder Str. 5, 71636 Ludwigsburg
m.leidinger@stadt.ludwigsburg.de, 07141 /97517345

Maier, Martin, Diakonisches Werk Wuerttemberg, Abteilungsleiter
Heilbronner Str. 180, 70191 Stuttgart
maier.m@diakonie-wuerttemberg.de, 0711 / 1656-701

Maier, Udo, Stadt Singen, Sozialplanung
Hohgarten 2, 78224 Singen
sozialplanung.stadt@singen.de, 07731 / 85531

Marstaller, Lydia, FHS Mannheim, Studentin

Mathis, Johann, Wohnstätten Sindelfingen
info@wohnstaetten-sindelfingen.de, 07031 / 6109-58

Meigel, Tobias, Stadtverwaltung Aalen, Stadtplanungsamt
Marktplatz 30, 73430 Aalen
tobias.meigel@aalen.de, 07361 / 52-1430

Möhrke, Stefan, GBG - Mannheim, Soz. Management
Ulmenweg 7, 68167 Mannheim
stefan.moehrke-eberhardt@gbg-mannheim.de, 0621 / 3096 212

Mössner, Heike, Stadt Stuttgart, Projektleiterin Soziale Stadt Stuttgart-Fasanenhof,
stv. Sachgebietsleiterin
Eberhardstr.10, 70173 Stuttgart
heike.moessner@stuttgart.de

Müller, Alexander, Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat, Geschäftsführer
Rathaus E5, 68159 Mannheim
alexander.mueller@mannheim.de, 9621 / 293-9403

Peier, Timea, Stadtjugendring Sindelfingen e.V., Quartiersarbeit
Goldmühlestr. 8/1, 71065 Sindelfingen
t.peier@sjr-sifi.de, 07031 / 817712

Perschke, Marita, Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, Hausleitung
Makrelenweg 9A, 70378 Stuttgart
freiberg@jugendhaus.net, 0711 / 843946

Raab-Monz, Bruno, Stadt Esslingen, Leiter Sozialamt
Beblingerstr. 3, 73728 Esslingen
bruno.raab-monz@esslingen.de, 0711 / 3512 2442

Rieschel, Gerd, Erziehungshilfestelle Esslingen, Sozialpädagoge
Weilstraße 8, 73734 Esslingen
Erziehungshilfestelle.Rieschel@Landkreis-Esslingen.de, 0711 / 39022866

Schauber, Claudia, Verein Jugendhilfe e.V. ES, GWA Brühl
gwa@jugendhilfe-esslingen.de, 0711 / 88240488

Schaumburg, Renate, Stadt Esslingen, Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement
Ritterstraße 16, 73728 Esslingen
renate.schaumburg@esslingen.de, 0711 / 3512-3108

Scheel, Eberhard, Stadt Sindelfingen, Stadtplaner
Rathausplatz 1, 71063 Sindelfingen
eberhard.scheel@sindelfingen.de, 07031 / 94391

Scheuermann, Michael, Gemeinschaftszentrum Jungbusch e.V. - Quartiermanagement
Jungbusch, Geschäftsführer
Jungbuschstr. 19, 68159 Mannheim
MScheuermann@jungbuschzentrum.de, 0621 / 14948

Schlöder, Stephan, Stadt Esslingen, Sozialplanung, LOS-Programmkoordinator
Beblinger Straße 3, 73728 Esslingen
stephan.schloeder@esslingen.de, 0711 / 3512-2528

Schmettow, Petra, Stadtplanungs- und Stadtmessungsamt, Projektleitung Soziale Stadt,
Ritterstr. 17, 73728 Esslingen
petra.schmettow@esslingen.de, 0711 / 3512-2536

Schütz, Martina, Jugendamt, GWA, Sozialarbeiterin
Wilhelmstraße 3, 70182 Stuttgart
Martina.Schuetz@stuttgart.de, 0711 / 2168720

Seltenreich, Rolf
Bühlerstr. 13, 68239 Mannheim
rolf.seltenreich@web.de

Silberborth, Gabi, Soziale Dienste Pforzheim/Enzkreis gGmbH, Lern- und Spielgruppe
Oststadt
Oranierstr. 22, 75175 Pforzheim
lsgoststadt@web.de, 07231 / 32373

Sommer, Peter, Wohnbau Gießen GmbH, Vors. Unternehmensmieterrat
Ringallee 26, 35390 Gießen
sommerumr@web.de, 0172 / 6775089

Thies, Reinhard, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Vorsitzender
thies@diakonie.de, 030 / 83001350

Tröger, Yvonne, Bürgerausschuss Esslingen-Pliensauvorstadt, 2. Vorsitzende
Esslingen
yvonnetroeger@gmx.de

Vecellio, Alexander, Jugendamt Stuttgart, Jugendhilfeplanung
Wilhelmstr. 3, 70182 Stuttgart
alexander.vecellio@stuttgart.de, 0711-216-7468

Vienken, Elke, Diplom-Betriebswirtin Gesundheits- und Sozialmanagement, Lokales Gesundheitsbüro, Mikroprojekträgerin LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke)
76131 Karlsruhe
elke.vienken@web.de, 0170 / 243 9432

Vogt, Regina, Stadt Böblingen, FB 50
Böblingen
vogt@boeblingen.de

Wacker, Sabine, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Abteilung Stadtentwicklung
Postfach 10 55 20, 69045 Heidelberg
Sabine.Wacker@Heidelberg.de, 06221 - 58 21630

Wagner, Petra, Dr., Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
Roonstraße 28A, 68623 Lampertheim
pswagner@web.de, 0621 / 5429412

Willmann, Stefanie, LWV Eingliederungshilfe GmbH, Fachliche Assistentin
Bereichsmanagement Wohnen
Konrad-Adenauer-Straße 13, 72072 Tübingen
stefanie.willmann@lww-eh.de, 07071 / 97559-26

Winkels, Peter, Stadt Offenburg, Fachbereich Bauservice, BürgerBüroBauen – Geoinformation, Offenburg–Nordweststadt
Wilhelmstraße 12, 77654 Offenburg
peter.winkels@offenburg.de, 0781 / 82-2605

Winterer, Sarah, Diakonisches Werk Mannheim - Projekt Rainweidenstraße
Kleestraße 8, 68159 Mannheim
rainweidenstrasse@diakonie-mannheim.de, 0621 / 3187738

Wolfer, Klaus, Stadt Esslingen, Bezirkssozialdienst
Beblinger Straße 3, 73728 Esslingen
klaus.wolfer@esslingen.de, 0711 / 3512-2447

Zimmermann, Ina, Quartiermanagement Altstadt-Süd, Nürnberg
Neutormauer 8, 90403 Nürnberg
ina.zimmermann@online.de, 0911 / 475 4401

Zingler, Rainer, Stadt Mannheim, Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung
Postfach 10 30 51, 68030 Mannheim
Rainer.Zingler@mannheim.de, 0621 / 2937859